

Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pfennig
Bei Zeitungsabnehmern und in allen Kiosken erhältlich

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Sachsen
Verbreitungsgebiet Ostsachsen / Beilagen: Der rote Stern / Rund um den
Erdball / Proletarische Sozialpolitik / Für unsere Frauen / Der revolutionäre Jungarbeiter

Abzugspreise: Die normal erhaltene Kopierstelle über dem Stammsatz für Familienanzeigen 20 Pf., für die Kopierstelle (entweder an den gewöhnlichen oder an den besonderen Tagen) 1,50 RM. Kopierstellen nur an den Tagen von 9 Uhr an in der gewöhnlichen Dresden-W. 1. Güterbahnhofstraße 2
Anzeigenpreise: In der ersten Spalte 2,50 RM (schwarz im voraus), nach dem 2. Tag 2,00 RM (schwarz im voraus). Die „Arbeiterstimme“ erscheint täglich, außer an Sonn- und Feiertagen. In Fällen früherer Bezahlung bleibt kein Anrecht auf Vorkauf der Zeitung über auf Zurückhalten des Druckpreises.
Verlag: Dresdener Verlagsgesellschaft mbH, Dresden-K., Gohlisstraße 10 und 11
Erscheinenszeiten: Montag 17-18 Uhr, Dienstag 17-18 Uhr, Mittwoch 17-18 Uhr, Donnerstag 17-18 Uhr, Freitag 17-18 Uhr, Samstag 17-18 Uhr, Sonntag 17-18 Uhr

6. Jahrgang Dresden, Donnerstag den 8. Mai 1930 Nummer 106

Rote Sturmtage auf Post und Eisenbahn!

Appell an alle Partei- und revolutionären Arbeiterorganisationen: Alle Kräfte eingeleitet für den Sieg der Listen der „Revolutionären Gewerkschaftsopposition“ am 10., 11. und 12. Mai!

Dresden, den 8. Mai.
Der Ausgang der Betriebsrätemahlen hat einen klaren Erfolg für die kommunistische Partei und die revolutionäre Gewerkschaftsopposition gebracht. In zahlreichen Großbetrieben, in denen bisher die Reformisten die alleinige Vertretung des Betriebsrates innehatten, gelang es der revolutionären Gewerkschaftsopposition, Betriebsratsgremien zu erringen, ja sogar die Mehrheit der Betriebsräte zu erobern. Man kann darum bestehen, daß bei den jetzt vor sich gehenden Betriebsrätemahlen bei der Post und der Eisenbahn die Reformisten alle Kräfte aufwenden, um eine Niederlage der revolutionären Gewerkschaftsopposition zu erreichen. Kein Mittel wird unversucht gelassen. Hunderttausende von Flugblättern werden herausgegeben und das Werbematerial der reformistischen Organisation enthält keinerlei sachliches Material, sondern nur Lügen und Verleumdungen gegen die revolutionäre Gewerkschaftsopposition.

So stellte der Vorstand des Einheitsverbandes der Eisenbahner Deutschlands 500 000 M. zur Bekämpfung der Opposition bei der Betriebsratswahl zur Verfügung.

Bei der am 11. und 12. Mai stattfindenden Reichsbahn-Betriebsrätemahl wählen 400 000 Eisenbahner in einem Wahlgang die örtlichen Betriebsräte, die Bezirks- und Hauptbetriebsräte. Waren es im letzten Jahr noch 7 Listen bei der Betriebsratswahl, so zeigt die diesjährige Wahl nur noch 4 Listen, und zwar: „Einheitsverband der Eisenbahner Deutschlands“ (EVD), „Gewerkschaft deutscher Eisenbahner“ (GdE), „Allgemeiner Eisenbahnerverband“ (AEB) und „Revolutionäre Gewerkschaftsopposition der Eisenbahner“ (RGdE).

Kurz nach der letzten Betriebsrätemahl beantragten die Eisenbahnerorganisationen Verbindlichkeitsklärung eines Schandbeschlusses, der den Eisenbahnern so gut wie keine Lohn-erhöhung gab und ihre Hungerlöhne bis zum 31. März 1931 festsetzte.

Die von Dörpmüller eingeleitete verhärtete Nationalisierung fand die vollste Billigung der Eisenbahnerorganisationen.

Der Youngplan, an jenes internationale Kapitalistenabkommen, das die Hungerlöhne und Ausbeutung der deutschen Arbeiterklasse sichert, wurde von den Eisenbahnerorganisationen gegenüber den Angriffen der Mitglieder verteidigt. Heute zeigen sich die Folgen des neuen Reichsbahngesetzes, das als Sonderabkommen dem Youngplan angegliedert ist. 60 000 Eisenbahner wurden seit Juni 1929 entlassen, weitere zehntausende sollen im Laufe dieses Jahres folgen. Dörpmüller wird jene Worte wahrnehmen, die er vor kurzem ausführte:

„Nur durch niedrige Löhne und lange Arbeitszeit ist die Reichsbahn wieder hochzubringen.“

Durch Neuabschöpfungen wird man die Gehingezelten verkürzen und damit die Löhne der Eisenbahner senken. Durch die schärfste Anwendung der Dienstdauerbeschränkungen wird man die Eisenbahner zwingen, 10-12 Stunden und noch mehr zu arbeiten.

Die Eisenbahner sind die Reparationsflotten für Dörpmüller.

Aus ihnen hat er im letzten Jahr 600 Millionen Mark Gewinn herausgeschludert und er wird versuchen, im neuen Geschäftsjahr noch höhere Gewinne trotz gekürzter Arbeiterzahl zu erhalten.

Der Betriebsratswahlkampf bei der Reichsbahn wie auch der Wahlkampf bei der Post, wo am 10. Mai der Hauptbetriebsrat gewählt wird, ist nicht nur für die direkt beteiligten Arbeitergruppen von größtem Interesse, sondern stellt einen Kampf der gesamten Arbeiter gegen die an der Spitze der Ausbeuter stehenden Reichsbetriebe dar.

Auch bei der Post wurden zehntausende Arbeiter abgebaut und die Lebenslage der Postarbeiter ungeheuer verelendert.

30 000 Verbandsfunktionäre und über 14 000 Betriebsratsmitglieder hat der Eisenbahnerverband für den Betriebsrätemahlkampf eingeleitet. Bei den Entlassungen wurden die revolutionären Elemente hinausgeworfen, um die Kraft der revolutionären Eisenbahner zu schwächen. Um so notwendiger ist darum, daß der Betriebsratswahlkampf der Eisenbahner und Postler die vollste Unterstützung der Partei und der gesamten revolutionären Gewerkschaftsopposition findet. Zehntausende Dienststellen sind auf dem flachen Land vorhanden, wo es der Eisenbahneropposition noch nicht gelang, Fuß zu fassen, in deren Nähe aber die Partei Ortsgruppen hat oder die überparteilichen Organisationen verankert sind. Wie im Vorjahr, so wird man auch dieses Jahr versuchen, die Stimmzettelteiler der revolutionären Eisenbahneropposition von den Dienststellen zu jagen und die Stimmzettel nicht auszuliegen. Hier muß die Arbeit der Partei und der KPD einleiten.

Jede Parteigruppe, jede Straßen- und Betriebszelle, die Gruppen der Paritätischen Arbeiterzucht usw.

müssen sofort dazu übergehen, ihren Mitgliedern ein oder zwei Eisenbahnbetriebe oder kleinere Dienststellen zuzuwenden, die sie zu bearbeiten haben. Das Flugblattmaterial und die Stimmzettel müssen in die Hände jedes einzelnen Eisenbahners kommen.

Durch mündliche Agitation gilt es, die Eisenbahner aufzuklären über die Bedeutung des Betriebsrätemahlkampfes, gilt es, ihnen aufzuzeigen den Verrat der Reformisten und Christen an den Eisenbahnern. Vor jedem Betrieb, besonders den Reichsbahn- und Postbetriebswerken und Betriebswerken,

zu einer Front des Kampfes gegen ihre Ausbeuter und deren Trabanten zusammengefaßt werden.

Die Reichsbahn ist eines der wichtigsten Instrumente der Bourgeoisie in ihrem Kampf gegen die Sowjetunion. Die Bourgeoisie weiß, daß, wenn bei der Reichsbahn nicht starke revolutionäre Betriebsräte errungen werden, es für sie ein leichtes ist, ihr Kriegsmaterial ungehindert befördern zu können.

Alle Betriebsräte, rote Eisenbahnbetriebe sind darum gefährliche Feinde für die imperialistischen Kriegsvorbereitungen der Bourgeoisie gegen die Sowjetunion.

Indiens Arbeiter schlagen los!

Riesenstreiks und bewaffnete Arbeiterdemonstrationen — Neue blutige Straßenkämpfe SPD-Arbeiter, heraus aus der „Internationale“ des Massenmörders Macdonald!

Bombay, 8. Mai. (Eigene Drahtmeldung.)
Dehli war gestern der Schauplatz revolutionärer Massen-kämpfe von gewaltiger Bedeutung. Die Arbeiter veranstalteten eine Riesen demonstration, das Regierungsgebäude wurde von bewaffneten Arbeiterwehren umzingelt. Als Militär eingegriffen verfuhr,

eroberten die Arbeiterwehren nach mehrstündigem, erbittertem Kampf das Regierungsgebäude und besetzten es.

Das Gebäude befindet sich zur Stunde noch in den Händen der Aufständischen. Der stellvertretende Kommissar und der Polizeichef, die in Begleitung einer starken Polizeibeamten waren, wurden von den Arbeitern mit Steinwürfen empfangen und mußten sich zurückziehen. Drei mit Polizei besetzte Postautos, die gegen die Arbeiter aufgebogen waren, wurden umzingelt. Zwei Postautos entliefen, während das dritte den Aufständischen in die Hände fiel.

Es wurden sofort neue Polizei- und Militäraufgebote eingesetzt, die ein Feuergefecht gegen die Arbeiter eröffneten. Auf diese Weise gelang es der Polizei, das dritte Postauto zu befreien. Insgesamt sind den gestrigen Straßenkämpfen in Dehli 300 Personen zum Opfer gefallen.

In Poona demonstrierten die Arbeiterwehren in roten Blüten. Es kam zu blutigen Zusammenstößen. Über 100 Arbeiter wurden verhaftet, ferner eine Menge revolutionärer Literatur beschlagnahmt.

Küchlich von Kalkutta besetzten die Aufständischen die Eisenbahn. Alle Züge wurden angehalten. Es sind erhebliche Militäraufgebote entsandt, doch ist die Eisenbahn jetzt in den Händen der Aufständischen.

In der Nähe Kalkuttas kümte eine Arbeitermenge die Polizeiwache und entführte mehrere verhaftete Indier. Erst nach schwerem Kampf gelang es der Polizei, die Menge zu zerstreuen.

Kalkutta, müssen am Sonntag und Montag Parteigenossen stehen mit Transparenten, die die Eisenbahner zur Wahl der Liste „Revolutionäre Gewerkschaftsopposition der Eisenbahner“ auffordern.

In den größeren Orten, den Städten, wohnen die Eisenbahner meistens in Kolonien in der Nähe ihrer Arbeitsstelle zusammen. Hier ist es die Aufgabe, daß am Sonnabend und Sonntag Agitationsgruppen der Partei die Eisenbahner in ihrer Wohnung aufsuchen, mit ihnen über die Betriebsratswahl sprechen.

Die Straßenzellen, in deren Bereich sich Krankenhäuser befinden, müssen feststellen, ob dort Eisenbahner wohnen, und müssen ihnen das Werbe- und Stimmzettelmaterial der Opposition ausshändigen. Wichtig ist für die Orte, in denen sich die Eisenbahner erholungsheime befinden, daß am Sonnabend und Sonntag dort eine intensive Agitation durchgeführt wird und auch diese Eisenbahner zur Abstimmung gewonnen werden. Die in den Krankenhäusern und Erholungsheimen befindlichen wahlberechtigten Eisenbahner müssen den Stimmzettel sofort in einem geschlossenen Kuvert an den Wahlort ihrer Dienststelle einbringen.

Besondere Beachtung müssen die Parteigruppen dem Hinblick herauskommen Wahlmaterial der Eisenbahnerorganisationen schenken und allen Angriffen und Verleumdungen sofort durch Herausgabe von Betriebszeitungen und Betriebsflugblättern entgegenzutreten.

Bei der Betriebsrätemahl der Reichsbahn und der Post gilt es, mit aller Intensität unsere Einheitsfronttaktik von unten anzuwenden. Die heute noch im Lager der reformistischen, christlichen und gelben Gewerkschaften stehenden Arbeiter müssen

Das Entscheidende ist der Generalstreik in allen indischen Industriezentren. In Bombay, Kalkutta, Madras, Lahore, Allahabad haben die Arbeiter die Arbeit niedergelegt.

In Bombay demonstrierten gestern über 10 000 Streikende, an der Spitze die bewaffneten Arbeiterwehren.

Sie zogen, revolutionäre Lieder singend, durch die Hauptstraßen nach dem Spinnereiviertel. Aus Furch vor einem Reberaufstand zogen die Polizeibatter die Truppen aus dem Fabriksviertel zurück.

Der englische Besitzer einer Weberei gab Revolvergeschüsse ab, durch die 3 Arbeiter verletzt wurden. Dieser hinterhältige Überfall führte zu schweren Straßenkämpfen, die noch andauern. Die Belegschaften der Bombayer Eisenbahnwerkstätten traten darauf in den Streik.

In Allahabad veranstalteten die Arbeiter eine bewaffnete Demonstration, an der etwa 80 000 Demonstranten teilnahmen.

In Kalkutta entspannen sich erbitterte Kämpfe um den Bahnhof. Die Arbeiter versuchten, den Bahnhof zu stürmen. Mehrere Offiziere wurden durch Steinwürfe verletzt. Nach vierstündigem Feuergefecht gelang es dem Militär, den Bahnhof zu besetzen. Über Kalkutta wurde das Staudrecht verhängt.

Alle Kundgebungen und Ansammlungen von mehr als drei Personen wurden verboten. Alle Straßen wurden vom Militär mit Maschinengewehren und leichten Feldgeschützen besetzt. Gegenüber Tschitagong kam es gestern zu schweren Kämpfen zwischen aufständischen Arbeitern, Bauern und englischem Militär.

Auch in Afrika haben die indischen Arbeiter und Kaufleute einen „Trauertag“ angekündigt.

In Shanghai waren alle indischen Läden einen Tag geschlossen.

Darum bedeutet der Kampf um rote Eisenbahnbetriebsräte auch einen Kampf für die Verteidigung der Sowjetunion.

Einig und geschlossen steht die Front von Dörpmüller, Staatsapparat, Reformisten, Christen und Gelben gegen die revolutionäre Eisenbahneropposition wie gegen alle Eisenbahner. Einig sind diese Kreise, daß die Durchführung des Youngplanes auf Kosten der Eisenbahner durchgeführt wird.

Einig sind sie, daß bei der Reichsbahn weiter rationallisiert, die Löhne abgebaut und die Arbeitszeit erhöht werden muß.

Die revolutionäre Gewerkschaftsopposition der Eisenbahner führt einen harten Kampf. Sie allein hat rücksichtslos die Interessen der Eisenbahner vertreten und den Kampf gegen das Dörpmüllerregime und die Falschierung der Reichsbahn geführt.

Eine Niederlage der revolutionären Eisenbahner bei den Betriebsrätemahlen wäre eine Niederlage der gesamten revolutionären Arbeiterkraft gleich.

Darum ist es die Aufgabe aller revolutionären Arbeiter, insbesondere aller Kommunisten und Parteigruppen, alle Kräfte einzusetzen, um die Eisenbahnbetriebe, die heute noch Burgen des Reformismus und der Gelben sind, zu Burgen der revolutionären Gewerkschaftsopposition, des Volkseigenen zu machen.

Keine Stimme den Reformisten, Christen und Gelben!
Alle Kräfte eingeleitet für den Sieg der roten Betriebsratslisten bei der Post und Reichsbahn!
Alle Eisenbahner an die Urne bringen für die Wahl der Listen der „Revolutionären Gewerkschaftsopposition“!

Wichtig für unsere Diskussion mit den SPD-Arbeitern:

„Organisierter Kapitalismus“?

Eine zusammengebrochene Theorie, ein entlarvter Massenbetrug

Nach dem Siege der Bourgeoisie über das Proletariat 1923 erlebten wir eine Periode, in der die Bourgeoisie den neuen „Antagonismus des Kapitalismus“ lehrte. Durch den Dawesplan und die Anleihe aus den Vereinigten Staaten gelang es dem Produktionsapparat schrittweise zu heilern. Diese Periode, die von der kommunistischen Internationale als die Periode der relativen Stabilisierung des Kapitalismus bezeichnet wurde, erreichte ihren Höhepunkt im Beginn des Jahres 1928. Die deutsche Bourgeoisie verlor in diesem Tempo die produktionssteigernde und vor allem organisatorischen Schwierigkeiten (unzureichende Arbeitsdisziplin) zu überwinden, um einen Vorsprung auf dem Weltmarkt vor den anderen Ländern zu erzielen. Die Maßnahmen in dieser Richtung waren: die Nationalisierung und eine riesige Zusammenballung der Industrie und des Bankkapitals. Die Monopolisierung machte riesige Fortschritte. Das Kreditwesen der Bourgeoisie wuchs. Im Lager der Kapitalisten wurde das Gefühl der Prosperität, d. h. des anhaltenden Wohlstandes gezeugt. Die Reformisten Larnow und Co. nahen eine Filzschicht in das gelobte Land der „Prosperität“, die Vereinigten Staaten, und führten anschließend eine Kampagne unter den Arbeitern mit der Behauptung: die Nationalisierung ist die Voraussetzung der „Prosperität“, die „hohen Löhne“ der amerikanischen Arbeiter „beweisen“ das. Die vorübergehenden Schwierigkeiten müssen die Arbeiter um den „zuünftigen Wohlstand“ willen in Kauf nehmen. Und auf dem Kiel der Partei lag der SPD formulierte Hilfering die Theorie vom „organisierten Kapitalismus“, der selbst die Widersprüche des Kapitalismus überwindet. Daraus zog er die Schlussfolgerung von dem „Einklinken in den Sozialismus“. Wörtlich führt er aus:

„... Unserer Generation ist das Problem gestellt, mit Hilfe des Staates der bewährten gesellschaftlichen Regeln, diese von dem Kapitalismus organisierte und geleitete Wirtschaft in eine durch den demokratischen Staat geleitete Wirtschaft umzuwandeln. Daraus folgt, daß das Problem, das unserer Generation gestellt ist, nichts anderes sein kann als der Sozialismus.“

Und im „Kampf“, dem theoretischen Organ der österreichischen Sozialdemokratie, lesen wir im Januar 1930:

„Die Fundamente der bürgerlichen Gesellschaft sind zerstört. Freie Konkurrenz war die Kollisionsparade des Burgertums... Organisation ist das absolute Unbürgerliche... Und das alles ist nun zu Ende. Der Kapitalismus hat das Grundprinzip der bürgerlichen Gesellschaft zerstört. Er hat die Wirtschaft organisiert, international organisiert. Er hat die freie Konkurrenz beseitigt... Von einer Anarchie der Wirtschaft kann kaum mehr gesprochen werden. Überall waltet Planwirtschaft...“

Man sieht ganz klar: Die Nationalisierung fördert die „Organisiertheit“ des Kapitalismus zu großen internationalen Monopolen. „Überall waltet Planwirtschaft.“ Die Revolution ist nicht nötig. Man kommt „friedlich“ zum Sozialismus auf der „organisierten“ Wirtschaft. Aber inzwischen ist durch den amerikanischen Börsensturz und den schnellen Produktionsrückgang in USA und der übrigen kapitalistischen Welt das Gegenteil von dem eingetreten, was die Führer der 2. Internationale den Arbeitern verkündeten. Auf dem 6. Weltkongress der Kommunistischen Internationale wurde auf Grund der internationalen Analyse festgestellt, daß die 3. Periode der Nachkriegsentwicklung, beginnend Ende 1927, ein schnelles Anwachsen aller Widersprüche im Kapitalismus zeigten wird. Diese Auffassung ist voll und ganz bestätigt. Angehende Verschärfung aller Gegensätze im Lager der Imperialisten. Massenarbeitslosigkeit und unermessliches Elend helfen die Klassengegnerschaft, und der Aufschwung in der Sowjetunion kassiert die Imperialisten in immer aggressiveren Ausfällen gegen die Sowjetunion an. Diese Verschärfung aller Gegensätze findet bereits in den zunehmenden Klassenkämpfen und der wachsenden Empörung der Arbeitermassen ihren Ausdruck. In einer solchen Situation wäre der Beitrag der arbeitenden Massen denn doch zu durchsichtig, wollten die Sozialisten ihre Theorie vom „organisierten Kapitalismus“ verteidigen. Auf Grund der schnell zunehmenden Weltwirtschaftskrise sind die „Linken“ gezwungen, nachträglich die Feststellung des 6. Weltkongresses zu bestätigen. Im „Klassenkampf“ Nr. 9 d. J., dem Organ der „Linken“, wird geschrieben, nachdem noch vor wenigen Monaten, wie oben genanntes Zitat beweist, das Gegenteil behauptet wurde:

„Je länger die gute Konjunktur dauert, um so länger kann der Dörflichkeit vorgelebt werden, das ist ein Erfolg der geübten Kreditpolitik, die „konjunkturelle Wirtschaft“ sei angeblich, Depressionen gebe es nicht mehr. Nun, dieser Unfuss ist jetzt gründlich und wohl für immer überlegt. Selbst Hoover's „großer Wirtschaftsrat“, der die Federal Reserve Bank unterstützen sollte, hat die Lage nicht retten können.“

Weiter heißt es:

„Bald der Druck der Weltwirtschaftskrise noch für einige Zeit an — und es muß damit gerechnet werden —, so sind selbstverständlich die europäischen Industrielande, voran Deutschland mit seinem wieder hoch entwickelten Export, davon in Mitleidenschaft gezogen, und der Wegzug von der Depression zur Prosperität ist außerordentlich erschwert. Das alte Hebel der kapitalistischen Weltwirtschaft, die Disproportionalität zwischen Produktionskraft und Absatzmöglichkeiten, die Erzeugung des Absatzes im Weltausmaß, ist wieder in seiner ganzen Tragweite aufgeworfen. Alle kapitalistischen Organisationsanstöße und Behauptungsformeln haben das Hebel nicht bannen können, es zeigt weiter an der Lebenskraft der arbeitenden Menschheit, freilich die wirtschaftlichen Schwierigkeiten und die sozialen Not. Dem Proletariat erweist die gegenwärtige Weltwirtschaftskrise eine deutliche Lehre: Es kann und darf nicht daran rechnen, daß der Kapitalismus aus sich selbst die ausgleichenden Jahrbücher hervorbringt, die zu wirtschaftlicher Ruhe und politischer Stabilität führen könnten. Allgemeine Unruhe, Unruhe und Instabilität, zunehmende Verschärfung der wirtschaftlichen Gegensätze zwischen den Völkern und Klassen sind das Signal der Zeit.“

Nichts anderes, als was die KZ schon längst feststellte, mußten die „Linken“ unter dem Druck der Tatsachen und vor allem unter dem Druck der Arbeitermassen, die durch die Wirklichkeit im Leben erkannten, daß die Kommunisten recht hatten, eingestehen. Das muß festgehalten werden, und jedem Versuch der SPD, wieder die Massen zu betäuben, muß entschieden begegnet werden. Wir werden in weiteren Artikeln andere Gesichtspunkte behandeln, um den Sozialisten kein Verdacht, aus dem sie zu schlüpfen versuchen, zu lassen. Die zum Beitrag an den Arbeitern aufgestellte Theorie vom organisierten Kapitalismus ist konstant und der Welt sozialistischer „Kunst e“ genügend charakterisiert.

Wägen auch die sozialdemokratischen Arbeiter daraus die Konsequenzen ziehen,

Die Partei marschiert!

Die Parteiführung Dittmann der KPD teilt mit, daß vom 1. bis 30. April 1930 neue Mitglieder in die Partei aufgenommen wurden.

Der Genosse Erich Schmidt, persönlicher Vorstandsvorsitzender, wurde gestern trotz seiner Immunität in Neubrandenburg verhaftet.

Sind auch die Reichwehrosoldaten davon unterrichtet?

Kommunisten und Reichwehrosoldaten

Groeners Erziehungsprinzip: Strammstehen und Maulhalten! — Was fordern wir?

Berlin, 8. Mai. (Eig. Bericht.)

Der Haushaltsausschuss des Reichstags legte am Mittwoch die Beratungen über den Haushalt des Reichswehrministeriums fort. Zur Debatte standen die Einzelkapitel und die Streichungsanträge der Kommunisten.

Während die Sozialdemokratie noch im vergangenen Jahre für den Spickelonds zur persönlichen Verfügung des Reichswehrministers stimmte, stellte sie dieses Jahr aus demagogischen Gründen den Antrag auf Streichung des Fonds auf eine halbe Million. Genosse Stöcker geißelte dieses Scheinmännchen und verlangte die gänzliche Streichung, was gegen die Stimmen sämtlicher Parteien einschließlich der Sozialdemokratie abgelehnt wurde.

Um den Titel „Unterstützung für Mannschaften“ kam es zu scharfen Zusammenstößen zwischen den Kommunisten und dem Reichswehrministerium. Groener führte eine unerhörte Sprache, indem er die angebliche große Notlage der Offiziere hervorhob, die geradezu „erschütternd“ sei:

„es bestände ein großer Unterschied zwischen der Notlage bei den Mannschaften, die nur auf Spickelonds und mangelnden Sparrufen der Soldaten zurückzuführen sei, und den Offiziersfamilien. Kein Arbeiter ipate so wie ein Offizier.“

Genosse Rippenberger stellte in einer scharfen Ermüdung trotz mehrfacher Ordnungsrufe des sozialdemokratischen Vorsitzenden Stücken den arbeitereindlichen Inhalt dieser Rede Groeners fest.

Unter diesen Umständen sei zu verichten, wenn Groener den bekannten Fall Remus als Reuterer bezeichnet. Groener habe in seiner Rede das inhaltliche Verhältnis zwischen Offizieren und Mannschaften im Stile einer edlen Gartenlaubentomantil gechildert. Woher kommen denn diese „Reuterer“, von denen die Offiziere Remus nur ein Einzelstall ist? Rippenberger solidarisierte sich ausdrücklich mit den Soldaten der „Linken“ und der anderen Schiffe, die gerade in der letzten Zeit während angeblicher Meutereien bestrahlt worden sind. Er zitierte aus einer Verfügung des Reichswehrministeriums einen jetzt berechnenden Jahressumme aus dem Herdort, wie groß die Notlage unter den Offizieren über dem allgemeinen zu bemerken. Den Einfluss der Kommunisten unter den Soldaten ist. Der Vortaus lautet:

„Wer sich durch die ungerechte Behandlung eines Vorgesetzten, durch schlechtes Essen oder wenig Lohnung vom Wege der Pflicht abbringen läßt, begeht schweren Treubruch. Besonders verwerflich ist es, seine Mißbilligung in Kameradschaftskreisen zu tragen oder gar die Öffentlichkeit davon in Kenntnis zu setzen.“

In dieser Frage brachten die Kommunisten folgende Entschlieung ein:

„Alle Ausnahmerechtbestimmungen, die die politischen und gesellschaftlichen Rechte der Unteroffiziere und Mannschaften

einchränken, sind zu beseitigen. Die Unteroffiziere und Mannschaften von Heer und Marine erhalten das aktive und passive Wahlrecht, das Recht auf Teilnahme an politischen Versammlungen und unbehinderte Abhaltung von Soldatenversammlungen. Ferner erhalten sie das Recht der politischen Organisation und freien Zeitungswahl, besonders die Freiheit des gewerkschaftlichen Zusammenstufes und der selbständigen Soldatenvereinigungen. Alle entgegenstehenden Verbote werden aufgehoben.

Alle persönlich einschneidenden und entehrenden Bestimmungen betreffend Heirat, Besuch von Arbeiterpartei, außerdienstliche Freizeit, Tragen von Zivilkleidung, privaten Umgang, Weiswahl, rechtsfundiige Vertretung werden aufgehoben. Der Zwang zur Kasernierung und Ehrenbezeugungen außerhalb des Dienstes fallen weg.“

Die Sozialdemokraten drücken dem Reichswehrminister ihren besonderen Dank dafür aus, daß es in der Reichswehr unter Groener immer besser geworden sei, und daß die Zahl der Selbstmorde abnehme. Genosse Rippenberger wies an Hand von Material nach, daß demgegenüber

die Kurve der Selbstmorde seit Mitte 1929 wieder steigt, ebenso die Zahl der strafbaren Handlungen solcher Soldaten, die auf diesem Wege versuchen, sich den Mißhandlungen des Dienstes zu entziehen.

Die bürgerlichen Parteien schwingen zu allen wesentlichen Punkten des Etats. Genosse Rippenberger nagelte bei der Debatte über die Wägen der Rede des sozialdemokratischen Abgeordneten Dr. Veber fest, der dem Reichswehrminister politische Vorwürfe zur Ermohung der Wehrfreudigkeit der Bevölkerung nicht durch Paraden in Manövern, sondern durch die möglichst fruchtbringende Ausgestaltung der Wehungen machte, wie er das bei den französischen Kanönern beobachtet habe, und was sich als ein vorzügliches Mittel erwies, die Kriegsbegeisterung und Reichwehrfreudigkeit der gesamten Bevölkerung zu erwecken.

Im übrigen zeigte der kommunistische Redner bei den weiteren Kapiteln an Hand von einer Menge Beweismaterial die rapide technische Modernisierung der Reichswehr, besonders durch die Motorisierung und den Ausbau der Gaswaffe. Ein besonderes Kapital sind die illegalen, z. B. die

Offiziersarbeitsgemeinschaften jüdischen Offizieren auf dem Lande.

Gleichfalls in der Gardeschießschule in Berlin, wo ehemalige Offiziere, besonders bewährte Wehrführer, unter Leitung von Sozialisten des Reichswehrministeriums mit neuerzeitiger Taktik vertraut gemacht werden. Ober die illegalen Feldjägerkorps zur Bewachung der neuen, geheimen Feldbeschlüsse längs der Oberlinie und in Dörfern. Das Reichswehrministerium und der ganze Ausschuss hat zu allen diesen Verstellungen gezwungen und damit ausdrücklich ihre Berechtigung zugegeben.

Der Blod der Auflösungs-Gaboteure

Nach der Wahl Schieds — Die Furcht vor der Massenabrechnung beherrscht alle

In der jüdischen Presse wird die Wahl des Ministerpräsidenten Schied sehr verurteilt, ohne große Hoffnungen daran zu knüpfen, behauptet. Der „Dresdner Anzeiger“ beschwert die Parteien:

„Man wird also gut tun, die heute mit der Wahl eines Ministerpräsidenten beendete Einigkeit auch morgen wieder zu bewahren. Man darf das Land nicht in eine neue Krisis führen, die noch viel unangenehm wäre als die heute beendete Krisis nach dem Sturz des Kabinetts Brüning.“

Das ist die Sprache der Bourgeoisie, die aus Furcht vor der Abrechnung der Nation ängstlich mischt: Betragt euch, laßt gibt es eine Katastrophe!

Die „Leipziger Neuesten Nachrichten“ schreiben:

„Wir leben im Augenblick davon ab, grundsätzliche Bemerkungen über die Wünsche und Forderungen zu machen, die wir an den neuen jüdischen Ministerpräsidenten zu stellen haben, denn es besteht — genau genommen — eine Art Schwerezustand insofern, als Ministerpräsident Schied über die Aufnahme seines Amtes noch entscheidet, wenn er kein Kabinett vorhandene gebildet haben wird. Zum anderen hängt das Schicksal dieser Kabinettbildung von dem nationalsozialistischen Unstehheitsakt ab.“

Man sieht, die Bourgeoisie legt keine großen Hoffnungen in das Kabinett. Sie verläßt sich lediglich auf den Kaufhandel hinter den Kulissen, wo ihre Kassen für die Unterhaltung dieses Kabinetts durch irgendwelche Aufstiege und Stipendien gewonnen werden müssen.

Die SPD-Presse, die ebenso wenig wie die bürgerliche Anstalt hat, über das Ergebnis besonders befriedigt zu sein, überlagert sich in radikalem Gedächtnis. Sie vermindert, dadurch ihre eigene erbärmliche Rolle vor den Nation in verkleinern. Wir wiesen bereits gestern in unserem Landtagsbericht darauf hin, daß die SPD gemeinsam mit den Bürgerlichen gegen die beschleunigte Beratung des kommunistischen Auflösungsantrages stimmte, weil sie nicht vor der Auflösung hat. Deswegengeachtet lesen wir in der „Vöbauer Volkszeitung“:

„Ein jämmerliches Schauspiel, das wir allerdings in Sachsen gemohnt sind, hat sich wieder einmal gezeigt. Wahlanst, blasse Furcht vor der Abrechnung durch die Wählermassen waren die Triebfeder zur Bildung dieses neuen jüdischen Beherrschers.“

Die „Leipziger Volkszeitung“ erhebt vor allem Anstige gegen die Alltagsjournalisten und Demagogen, die Angst vor der Auflösung haben. Sie schlugfolgert:

Morgen Freitag 20 Uhr in den Annensälen

Wichtige Konferenz sämtlicher Dresdner Parteiarbeiter

Alle Parteiarbeiter in Betrieben und Organisationen sind verpflichtet, daran teilzunehmen

Tagesordnung: Stellungnahme zur jetzigen Lage in Sachsen

„Alles in allem ist die Wahlministerpräsidentenwahl für die jüdische Arbeiterklasse ein schreckliches Signal. Anstatt sich zu wehren und den Beginn einer neuen Periode scharfer sozialistischer (anti?) gegen die vereinigte Reaktion des Bürgerblods.“

Das „Zwickauer Volksblatt“ begnügt sich mit dem Landtagsbericht und stellt seine eigene Stellungnahme völlig zurück. Herr Kleinheist wird erst einmal Witterung nehmen.

Die „Dresdner Volkszeitung“, zweifellos das leninistische SPD-Blatt, unterteilt nochmals die Breitschiff der SPD zur Koalition. Da aber die Bourgeoisie darauf verzichtet, läßt sie resigniert:

Wägen die jüdischen Proletarier, die es noch nötig haben, aus den jetzigen Vorgängen lernen. Wäre die Arbeiterklasse in Sachsen einzig, so könnte es keine Bürgerblodsregierung in Sachsen geben.“

Dieselbe Demagogie, wie sie die „linken“ Sozialisten betreiben, finden wir auch bei den Nationalsozialisten. Wir wiesen bereits darauf hin, daß Strager und Witschmann alle Hände voll zu tun hatten, die Anreden Hitlers in die Youngfront zu stellen. Jetzt warten sie auf ihr Stimmendum, und das in Berlin herausgegebene Blättchen der jüdischen Hitlerleute drückt das ganz offen wie folgt aus:

Wir Nationalsozialisten haben, wie die Abgabe der Stimmzettel beweist, uns unsere Stellungnahme noch vorbehalten und machen unsere Entscheidung von der Zusammenfassung des Kabinetts und der Regierungserklärung abhängig. Die bürgerlichen Parteien Sachsens einschließlich der Demokraten haben sich unter dem Druck der drohenden Landtagsauflösung und der Angst vor Neuwahlen wohl oder übel geirrt.“

Wir stellen fest: Die Nationalsozialisten haben wochenlang geschrien: „Stimm mit dem Landtag! Auflösung und Neuwahlen!“ In dem Moment aber, als die Kommunisten die beschleunigte Beratung des Auflösungsantrages forderten, wurde dieser Antrag von den Nazis, der SPD und sämtlichen Bürgerlichen niedergestimmt. Sie selbst sind als Betrüger entlarvt. Jetzt kommt es auf die Arbeitermassen an. Aus den Betrieben und Organisationen müssen Entschlieungen auf Auflösung kommen.

Selbstmordversuch eines „linken“ SPD-Führers

In Frankfurt am Main hat der bisherige Chefredakteur der sozialdemokratischen Volksstimme, Markwald, mit seiner Frau Beronal zu sich genommen. Beide konnten jedoch noch rechtzeitig ins Krankenhaus überführt werden, und sind außer Lebensgefahr.

Dieser Selbstmordversuch bedeutet den völligen politischen Bankrott der „linken“ SPD-Führer. Markwald hat früher in Opposition zum Parteivorstand gestanden, hat in einigen Jahren aber die Volksstimme ablosiert im Sinne der Weis und Jorgedel geleitet. Das Blatt übertrat an verlogener Kommunistenbeke oft selbst den Fortwärts. Markwald versuchte gleichzeitig durch „linke“ demagogische Phrasen seinen Einfluß auf die oppositionell gestimmten SPD-Arbeiter zu behalten. Dieser Versuch mißlang. Immer mehr richtete sich die Opposition der einfachen SPD-Arbeiter auch gegen den Judas Markwald. Nachdem er bei den Arbeitern völlig unten durch war, entthob ihn der Parteivorstand von seinem Posten als Leiter der Volksstimme und er sollte in Berlin in einer untergeordneten Funktion festgehalten werden. Das war der unmittelbare Anlaß des Selbstmordversuches. Im Grunde ist er ein Auslöser des politischen Bankrotts der betrügerischen und verwerflichen „linken“ SPD-Führer.

In Zwickau wurden 3 Jugendgenossen zu je 1, 8 zu je 3 und ein Genosse zu 1 Monaten Gefängnis verurteilt, weil sie angeblich mehrere Nationalsozialisten verprügelt haben. Das Gericht sprang ihnen mildernde Umstände ab.

Deutschland erwache!

Im Hinblick auf den Dienstag den 13. Mai im Dresdener Schwurgerichtssaal gegen die Reichsregierung...

Dah sie ein Grab dir graben,
dah sie mit Hirtengeld
das Land verunreinigen haben,
dah Stadt um Stadt verfallt...

Dah sie im Dunkel nagen,
dah sie im Hellen lachen;
dah sie an allen Tagen
Falschismus prophezeien...

Dah sie in Waffen harren,
dah sie sandauf, sandauf
ihre Agenten karren
im nimmermüden Trab...

Und es braut aus den Betrieben ein Chor
von Millionen Arbeiterstimmen hervor:
Wir wollen alles, Uns loerren sie ein,
Wir wollen alles, Uns laßt man bespeien,
Wir werden aufgelöst, Und verboten,
Wir kühlen die Opfer; wir kühlen die Toten,
Kein Minister zücht sich, wenn Hitler spricht,
Für jene die Straßen, Gegen uns das Reichsgericht,
Wir sehen, Wir hören, Wir fühlen den kommenden Krach,
Und wenn Deutschland schläft —
Wir sind wach!

Kundgebungen
gegen das Rot-Front-Verbot

Freitag, den 9. Mai
19.30 Uhr in Dresden, Keglerheim
(Friedrichstraße)
20 Uhr in Freital-Deuben, Gasthof zur Post

Die Polizeibeamten wollen kein Seitengewehr mehr tragen

Der Verband Sächsischer Polizeibeamten fordert, nach einer Meldung der bürgerlichen Presse, in einer Eingabe an den Minister des Innern die Abschaffung des Seitengewehrs...

Die Polizeibeamten sind der Meinung, daß es vollkommen genügt, wenn der Beamte mit einer kleineren Pistole ausgerüstet ist...

„Elisabeth Reihberg im Schuldurm zu Dresden“

So wimmern die sozialistischen Dresdener Neulichen Nachrichten im Chor mit den übrigen bürgerlichen Zeitungen...

„Wo kommt es heute noch vor, daß eine blühende, blauglutige, blonde Frau, die niemandem etwas zuleide getan hat, die nebenbei eine in mehreren Weltteilen mit Recht ausbeutete geleitete Kasse ist...“

Der bürgerliche Feilschender weint blutige Tränen über Nolen unerscherten Vorfall und schloßtet ihm zwei Spalten lang weidlich aus...

Warum 340 RM — wenn's 200 auch tun?

Reformist Rabold „kämpft“ für das Proletariat

„Tag und Nacht mühte ich mich, wie die Feuerwehr!“

Der Inhaber Gärtner von der Stuhlfabrik Gärtner & Riechner, Wachobleichstraße, steht bei den Worten des Kraftwagenführers Burkhart geschäftig an...

Wenn er Bezahlung verlangte, sollte er „tausgeschmissen werden“...

„Anerkännte Heberstundenlücke!“ Die Staatsanwaltschaft ist schon zum Eingreifen veranlaßt...

Geistesranke „Zeugen“ gegen die „rote Loge“

Heraus mit dem Genossen Janny aus der Untersuchungshaft!

Es ist bezeichnend, daß trotz der von uns festgestellten Tatsache, wonach der Spiegel-Bericht, der ursprünglich im Prozeß gegen die 24 Angeklagten im Prozeß gegen die „rote Loge“ als Kronzeuge auftrat...

Am 13. Mai werden die Dresdener Arbeiter durch einen Massenbesuch bei den Verhandlungen den 24 Angeklagten ihre Sympathie beweisen...

Eine politische Lumperei

Kamoh! Eine politische Lumperei leistet sich wieder einmal die Dresdener Volkszeitung...

Die Nazis für die Pläne Bührers!

„Sächsischer Beobachter“ stimmt vorbehaltlos den Einschränkungen im Haushaltplan zu

Die Nazis machen mit 5 ihrer Leute seit den letzten Stadtverordnetenwahlen auch in Dresden Kommunalpolitik mit...

„... steht sich der Rat genötigt, die Vorlage eines Nachtrages zum Haushaltsplan vorzubehalten, der gegenüber dieser Einnahmeverminderung auch eine weitere Einschränkung der Ausgaben vorzusehen haben wird.“

Wahr bringt der nationalsozialistische Zeitungsmann nicht fertig, Ebenso wie die Dresdener Volkszeitung, die Dresdener Nachrichten usw. verschweigt alle auch der Sächs. Beobachter...

Protest gegen Musikinstrumentensteuer

Wie uns mitgeteilt wird, hat auch der Verband Sächsischer Musikschuldirektoren, Leipzig, Dresden, gegen die geplante Wiedereinführung der Musikinstrumentensteuer...

Hygiene in Hinterhöfen...

Reportage aus dem „anderen“ Dresden

Jergendeine Querstraße zwischen Zentrum und Vorstadt, Du kommst sonst täglich daran vorüber, achst nicht darauf, geht weiter...

Alles ist hier feucht, Es riecht nach „Her aus den „Hotels“ und „Koffees mit Damenbedienung“...

Keller im Hinterhaus, Von der 1. Etage herunter freilicht das Radio aus dem offenen Fenster...

„Seit wann sind Sie denn in der Pruchbude hier?“

„2 Monate. Da war erst die Sache mit dem Wohnungsamt, deshalb. Für untermis ist logar noch so'n Schimmelfisch zu gut.“

den Prozeß gegen die Kieker „Auftrüher“ am Schluß schreibt:

„Die kommunistische Presse wird sich angeichts der Verurteilungen wieder mächtig aufblähen, um hinter großem Spektakel vor der Arbeiterhaft die Schuld der eigenen Partei zu verbergen.“

Die Volkszeitung verajht mancherlei, Vor allem hat sie ganz gründlich vergessen, was Karl Marx bereits im vorigen Jahrhundert schrieb...

Der tägliche Unfall bei Dorpmüller

Am Mittwochnormittag fuhr bei einer Rangierbewegung ein Personenzug in die Verhüllerei an der Ostseite des Dresdener Hauptbahnhofes...

Noch ein Protest gegen den Bührer-Kurs

Der Verband Deutscher Pianofortefabrikanten hat in Göttingen der Musikinstrumentensteuer eine Eingabe an den Rat zu Dresden...

„Wann organisiert der Arbeiter-Radio-Fund eine ernsthafte und wichtige Protestbewegung gegen die Steuerpläne des Sozialdemokraten Bührer...“

Es geht vorwärts in Dresden

Am Dresdener Zwinger sind die Wasserfontäne im Zwingerhof und im Kampfenbad in Tätigkeit gesetzt worden...

Auch die Arbeiten am neuen Terrassenufer beim Neubau des Städtischen Spielers sind soweit fortgeschritten...



Kommunist Rabold

„Wie haben Sie denn die Rude ermittelt bekommen?“

„Ich bin doch ausgeklettert. In der Hülfsloge. Die lassen einen schon so langsam verrücken.“

„Haben Sie nichts dagegen getan? Sie sind doch krank.“

„Auf der Lunge, rechte Seite, da, lehn Sie, Stefan? Haben Sie 'ne Ahnung! Rumgerannt bin ich, wie verrückt. Was denken Sie denn — die haben mich vorher schon mal ermittelt, rausgeschmissen, weil wir nicht blieben konnten...“

„Und die Behörden — der Staat —?“

„Behörden? Papierden und Scheine, lauter solcher Müll — mehr erreicht man nicht. Wissen Sie, was die antworten? Nicht unabhängig...“

„Der Haushälter wohnt nicht hier, auch nicht der Verwalter. Die Mieten sind hoch, 30 Mark im Monat, laß jemand im 3. Stock, und steigt auf seine Höhe...“

„Gegen das System...“

Welchen Stimmzettel gibt der Eisenbahner am 11. und 12. Mai ab?

Die revolutionäre Gewerkschaftsopposition der Eisenbahner hat für die diesjährige Betriebsratswahl einen einheitlichen Stimmzettel herausgebracht. In allen Werkstätten und Dienststellen, wo eine revolutionäre Liste aufgestellt ist, wird folgender Stimmzettel unbeanstandet abgegeben:

- Ortsbetriebsrat** Revolutionäre Gewerkschaftsopposition der Eisenbahner
- Bezirksbetriebsrat** Revolutionäre Gewerkschaftsopposition der Eisenbahner
- Hauptbetriebsrat** Revolutionäre Gewerkschaftsopposition der Eisenbahner

In den Werkstätten, auf den Dienststellen, wo keine Liste der revolutionären Gewerkschaftsopposition der Eisenbahner besteht, aber eine Liste des GDB, der GVE oder des AEB, also ein Wahlrecht besteht, muß, um den Wünschen der Arbeiter über den Weg zu einem billigen Wahlerfolg zu verhelfen, auf den Stimmzettel der revolutionären Gewerkschaftsopposition bei örtlicher Betriebsratswahl das Kennwort: „Revolutionäre Gewerkschafts-

opposition der Eisenbahner durchzuführen werden und ist handförmlich herüberzugeben. „Einheitsverband“. Der Stimmzettel muß also in diesen Werkstätten bzw. Dienststellen wie folgt aussehen:

- Einheitsverband** Revolutionäre Gewerkschaftsopposition der Eisenbahner
- Ortsbetriebsrat** Revolutionäre Gewerkschaftsopposition der Eisenbahner
- Bezirksbetriebsrat** Revolutionäre Gewerkschaftsopposition der Eisenbahner
- Hauptbetriebsrat** Revolutionäre Gewerkschaftsopposition der Eisenbahner

In den Dienststellen, wo nur eine Liste des Einheitsverbandes eingetragen ist, (das trifft besonders auf die kleineren Dienststellen auf dem Lande zu) und kein Wahlrecht besteht, ist der Stimmzettel der revolutionären Gewerkschaftsopposition ebenfalls unbeanstandet abzugeben.

Eisenbahner, beachtet dies! Falls den Wahlmännern der Reformisten nicht zum Opfer! Befolgt nur die Anweisungen der revolutionären Gewerkschaftsopposition der Eisenbahner!

„Notleidende“ Reichsbahnräte stellen Angestellten die Arbeit

Sparmaßnahmen durch Rationalisierung, durch Personal- und Lohnkürzungen und Pensionen, das ist heute die Schlagworte des Unternehmers. Auch die Deutsche Reichsbahn-Gesellschaft macht darin keine Ausnahme. Wie viele alte Kollegen wurden fern in Ruhestand geschickt, wenn man sie liege und ihnen einen einigermaßen ausreichenden Ruhestand geben würde, um anderen jungen Kräften Arbeitsplätze freizumachen. Statt dessen greift man aber immer wieder zu Sparmaßnahmen und stellt wieder aber Tausende dem großen Arbeitslosenheer dazu. Wie aber steht es denn nun bei den hohen Beamten der Reichsbahn-Gesellschaft aus? Dazu folgendes sehr interessante Beispiel: Am 31. März 1930 schied der Verkehrsinspektor Reichsbahnrat Spannaus aus dem Eisenbahndienst aus. Er war Vorstand des Reichsbahn-Verkehrsamtes Dresden I. Er mußte auscheiden, da er das angemessene Alter erreicht hatte. Aber er war noch sehr tüchtig und auch noch nicht abgearbeitet, und darum strebte er danach, seine Kenntnisse des Verkehrsamtes nach weiter auszunutzen. Wenn er es ja nicht gegangenen, sondern mit schwerem Herzen, und man kann es dem „armen Mann“ auch nachfühlen, denn wie kann und soll er denn mit

der „geringen“ Pension eines Reichsbahnrates auskommen und sein Leben fristen? Und darum hat auch der Herr Reichsbahnrat, um nicht „verhungern“ zu müssen, noch einmal in seinem Alter eine Stellung bei der Firma Plüke & Co. für 250 bis 300 Mark im Monat annehmen „müssen“. Es mag wohl dem Herrn Reichsbahnrat i. R. selbst „leid getan“ haben, einen Heillosen Kaufmann eine Stelle anzunehmen, womit dieser eine Familie ernähren könnte. Was soll dem Reichsbahnrat ja etwa nicht zumuten, mit einem Ruhegehalt von 500 bis 600 Mark im Monat buchstäblich „verhungern“ zu müssen.

Andererseits ist es bei einem Eisenbahnarbeiter, der 104 Mark im Monat bekommt, wenn ein solcher nicht gar so „anpruchslos“ und „verwundbar“ ist, so kann er sich wenigstens so viel „zurücklegen“, um sich vor einem Armutstod zu schützen.

Dem Herrn Reichsbahnrat i. R. aber wünschen wir, daß er recht bald die langverheißene Postenstelle bei der Firma Plüke & Co. einnehmen kann, um seine Einkünfte wenigstens etwas zu verbessern. Arbeiterfort, 1129.

ADGB-Vorstand stellt „Forderungen“! Ein unterfrenenes Betrugsmanöver

Der Bundesvorstand des ADGB hat am 6. Mai auf einer Tagung eine Resolution zum geplanten neuen Abbau der Arbeitslosenunterstützung angenommen, die nichts als hohle Worte enthält. Die Resolution lautet:

„Der Bundesvorstand des ADGB betont erneut, daß es sich bei dem Kampf um die Sozialversicherung in Wirklichkeit um die Verteilung der inneren Kosten in Deutschland handelt, die auf die Schultern der Arbeiterklasse abgewälzt werden sollen. Während auf der einen Seite dem Grobgrundbesitz gewaltige Mittel zur Verfügung gestellt werden sollen, werden auf der anderen Seite an notwendigen Stellen des Sozialstaats unentgeltliche Kürzungen vorgenommen.“

Daher ist es zur Zeit die wichtigste Aufgabe der Gewerkschaften, den gegen die Sozialpolitik gerichteten Angriff der vereinigten bürgerlichen Parteien abzuwehren und die Arbeiterklasse darüber aufzuklären, welche wichtigen sozialen Erzeugnisse auf dem Spiel stehen und welche Ziele die neue Bürgerlichkeitsregierung verfolgt.

Gegenüber den auf Abbau der Sozialpolitik gerichteten Bestrebungen erhebt der Bundesvorstand angesichts der anhaltenden juchhabenden Lage des Arbeitsmarktes die Forderung nach Befestigung der Arbeitslosigkeit und verstärktem sozialen Schutz. Zum ersten gehört neben der wiederholt geforderten Verfüzung der Arbeitszeit, deren Notwendigkeit bei fortschreitender Rationalisierung der Wirtschaft immer mehr hervortritt, die Verwirklichung von Mitteln zum härteren Ausbau der Notstandsarbeiten und zur Weiterführung aller öffentlichen, den Arbeitsmarkt belebenden Arbeiten, des Wohnungsbauens, insbesondere des gemeinnützigen Kleinwohnungsbauens; zum zweiten ist die Ausdehnung der Rentenversicherung ein dringendes Gebot. Die Zahl von 300.000 Hauptunterstützungsempfängern in der Rentenversicherung, die trotz der starken Beschränkung der Zulassung bereits überschritten worden sein dürfte, läßt erkennen, wie außerordentlich hoch die ständig wachsende Gesamtzahl der ausgesetzten oder kurzfristig Beschäftigten tatsächlich ist. Allein in der Zeit vom 15. März bis 15. April dieses Jahres wurden rund 140.000 Personen aus der Arbeitslosenversicherung ausgesichert. Die Städte, die jetzt bereits rund 300.000 Erwerbslose in der Wohlfahrt zu betreuen haben, können weitere Verluste auf die Dauer nicht tragen. Der Bundesvorstand fordert daher die Ausdehnung der Rentenversicherung auf alle, insbesondere auch auf die bauseitigen Berufe, sowie die Einführung einer für die Dauer der Arbeitslosigkeit unbegrenzte Bezugsdauer.“

Jetzt, nachdem die SPD aus der Regierung herausgeworfen ist, heißt der ADGB-Vorstand wieder eine Reihe von neuartigen Forderungen, um den Arbeitern vorzuschreiben, daß er für ihre Interessen eintritt. Für alle diese Forderungen werden aber die ADGB-Führer keinen Finger rühren. Das zeigt sich schon jetzt am deutlichsten bei der Forderung nach Verfüzung der Arbeitszeit. Auch diese Forderung heißt der ADGB auf. Sie kann aber nur durch Einfluß der Machtmittel der Arbeiterklasse verwirklicht werden. Aber was tun die sozialfaschistischen Gewerkschaftsführer? Sie schließen, wie erst kürzlich im Sudbrogemeinde, Mantelstarke ab, die die bisherige unerträglich lange Arbeitszeit auf zwei Jahre veränderte. So ist es mit jeder Forderung. Die Arbeiterklasse muß mit den betrügerischen ADGB-Führern brechen und ihr Geschick in die eigenen Hände nehmen. Unter Führung der revolutionären Gewerkschaftsopposition, unter Führung selbstgewählter Kampfleitungen muß der Kampf um die Arbeiterforderungen organisiert und ausgenommen werden. In allen Kämpfen zwischen Proletariat und Bourgeoisie werden die ADGB-Führer auf der Seite der Kapitalisten stehen. Der Kampf um den Siedebuschentag und um höhere Löhne kann nur gegen die sozialfaschistischen Führer des ADGB durchgeführt werden.

Die Furcht vor dem Bolschewismus

Die „Deutsche Bergarbeiterzeitung“, das führende Organ der Ausdeckerklasse, schrieb am 12. März 1929:

„Wir können das Erstarren einer nationalen Eisenbahnergewerkschaft nur begründen, denn die Bahn ist der Lebensnerv einer Wirtschaft. Sie ist das entscheidende Instrument, um einen Generalstreik wirksam bekämpfen zu können. Ein Eindringen der bolschewistischen Propaganda in die Reihen der Eisenbahner ist darum besonders gefährlich.“

Die Bürokratie des Einheitsverbandes hat in trauerer Gemeinschaft mit den Klassenfeinden alles unternommen, um die Opposition im Reichsbahnverkehr zu schwächen. Wenn die gemeinsame Front dieses Ziel trotz Anwendung der schäblichsten Mittel nicht erreicht hat, so haben sie aber dennoch eines durchgesetzt, nämlich, daß die Lebenslage der Eisenbahner durch die verwerfliche Politik immer schlechter wurde.

Kollegen, gebt diesen Handlungen des Kapitals am 11. und 12. Mai die Antwort auf ihren Versuch — wählt geschlossen die Liste der revolutionären Gewerkschaftsopposition.

Betriebsrätewahl bei der Reichsbahn

am 11. und 12. Mai

Wer ist noch nicht im Besitz von Stimmzetteln und Flugblättern?

Sofort Anforderung richten an:

Hauptversandstelle für Sachsen; Bezirkskomitee der revolutionären Gewerkschaftsopposition Dresden-A., Rosenstraße 55 und Columbusstraße 9, odev

1. Bereich Dresden: Bezirkskomitee der RGO Dresden, Rosenstr. 55.
2. " Pirna: U.-Bez.-Komitee der RGO Pirna, Schmiedestraße 28, O. Hempel bei Dörner.
3. " Radeberg: U.-Bez.-Komitee der RGO Radeberg, Freudenberg 8, Martin Schneider bei Hantzsche.
4. " Bautzen: U.-Bez.-Komitee der RGO Bautzen, Schäferstraße 43, Alex Horstmann.
5. " Zittau: U.-Bez.-Komitee der RGO Zittau, Innere Oybiner Straße 16, Buchhandlung.
6. " Freital: U.-Bez.-Komitee der RGO Freital, Bachstr. 14, Otto Schön bei Künzel.
7. " Dippoldiswalde: U.-Bez.-Komitee der RGO Dippoldiswalde, Herrngasse 100, Clemens Holzschuh.

Alle Dienststellen, Leitungen der revolutionären Gewerkschaftsopposition und Parteileitungen wenden sich sofort, wenn sie noch Mangel an Stimmzetteln haben, an obige Adressen.

Das Bezirkskomitee der RGO Sachsen Dresden-A., Rosenstraße 55, part.

Eisenbahner, denkt daran!

„Bekanntmachung“

Gemäß Beschluß des Verwaltungsrates der Deutschen Reichsbahngesellschaft vom 26. April 1930 wird für das Geschäftsjahr 1929 auf die Vorragsaktien, Serie 4 und 5 eine Vorragsdividende von 7 Prozent verteilt. Die Restdividende (3 1/2 Proz.) wird ab 29. April 1930 ausgezahlt.“

Vorstehende Bekanntmachung veröffentlichte die „Berliner Morgenzeitung“ vom 27. April 1930. Sie beweist, daß es nicht allen, die bei der Reichsbahn „beschäftigt“ sind, so schlecht geht, wie den Arbeitern, Angestellten und unteren und mittleren Beamten. Für die Verteilung der Reste hat auch der 2. Vorsitzende des Einheitsverbandes, Herrmann, der ja bekanntlich dem Verwaltungsrat angehört, gestimmt. Für die Richtiger eine 5%e Dividende, für die Eisenbahnproleten die Entlohnung. Kollegen, merkt euch das bei den kommenden Betriebsratswahlen!

Verteidigung der Feierlichkeiten durch die Sozialfaschisten

Die Zustimmung der reformistischen Gewerkschaftsbürokratie zu den Feierlichkeiten bei der Reichsbahn, von welchen selbst die Zentrumspresse jetzt sagen muß, daß sie ein verheerendes Experiment waren, begründeten die Sozialfaschisten in ihrer Presse mit folgenden Sätzen:

„Wo es nicht anders geht, muß, wie das eben für die Reichsbahn-Verkehrsarbeiter von der Reichsbahnverwaltung und den Gewerkschaften vereinbart worden ist, gegen bestimmte Garantien vorübergehend Arbeitslosigkeit erfolgen.“

Welches waren die Garantien für die Eisenbahner? Wo blieb der Lohnausgleich? Der sogenannten „Arbeitsförderung“ folgte der rigorose Abbau.

Eisenbahner, rechnet am 11. und 12. Mai mit den Lafaien Dornmüllern, die den Feierlichkeiten und dem Lohnabbau ihre Zustimmung gegeben haben, wählt rote Betriebsräte!

Worte und Taten

der Gewerkschaftsbürokratie des Einheitsverbandes

Scheffel, der auf dem Frankfurter Verbandstag 1928 die Schlichtungsordnung verteidigte, sah aber dabei „gegen jeden Mißbrauch“ warnte, legte in seinem Geschäftsbericht:

„Wir sind also nicht grundsätzlich gegen jede Schlichtungsordnung, wir wenden uns aber gegen jeden Mißbrauch derselben, gegen eine falsche Anwendung, gegen Parteilichkeit, gegen lange Bindung, gegen die Anhebung der Gewerkschaften, dagegen, daß man den Gewerkschaften die Möglichkeit des Kampfes überhaupt nimmt. (Sehr richtig!) Die ganze Sache ist ja keine Rechtsfrage, sondern selbstverständlich eine Machtfrage.“

Derselbe Scheffel, der also eine lange Laufbahn der Tarife zum Zwecke der Linderung der Eisenbahner auf dem Verbandstag ablehnte, beantragte aber mit den Vertretern der übrigen Tariforganisationen der Eisenbahner am 11. Mai, einen Tag vor den Betriebsratswahlen, die Verbindlichkeitsklärung des Hungerstreikbegriffes, der eine Laufbahn von 2 Jahren vorsieht. Sein Vorgesetzter Willell gab als Arbeitsminister diesem Antrag gern nach.

Kollegen! So leben die Taten der sozialfaschistischen Gewerkschaftsführer aus. Gebt ihnen bei den Betriebsratswahlen die Lüttung hierfür.

Neu: MAGGI'S Bratensoße



1 Würfel für 15 Pfg. ergibt 1/4 Liter vorzügliche Soße. Nur kurze Zeit mit Wasser zu kochen.

Rund um den Erdball

Rote Fahnen auf der Zwingburg Gollnow

Die Maifeier unserer eingekerkerten Klassengenossen

Während am 1. Mai, am Reichstagen der Arbeiterklasse, in allen Städten der Welt Millionen und abermals Millionen proletarischer Kämpfer unter dem blauen Banner mit Hammer und Sichel für den Sozialismus, für die Befreiung der Arbeiterklasse, für die sozialistische Umwälzung kämpften, drängten sie keine Wagenräder die entlegenen Straßen, die zu Hunderttausenden in den Gefängnissen und Sammelorten aller fortgeschrittenen Länder schmückten. Tag nach Tag umlagerten weitere Tausende Sammelstätten im Geiste mit und wackelten, mit und die roten Fahnen schwebten aus mit und das Feuerzeichen der proletarischen Revolution strahlte, dem die verblühten Arbeiterbewegungen der Welt in der kommenden Zukunft hofften, sie bekämpften 26 unserer Kämpfer eingekerkert hat. Das den Besitz einer politischen Gefangenen der Zwingburg Gollnow zuzurechnen ist folgende:

Unsere Vorbereitungen zum 1. Mai

Kampfmotiv 1930. Welcher Klassenbewusste Arbeiter hat nicht in den letzten Wochen seine ganze Kraft hergegeben, diesen Tag zu einem wichtigen Vorstoß auf dem Wege des Sieges zum unserer Bewegung zu machen? Auch wir politischen Gefangenen haben am 1. Mai 1930 demonstriert und unsere revolutionäre Pflicht erfüllt. Von unseren Spargeldern erstanden wir uns

Schweres Erdbeben in Indien

40 Tote und mehr als 150 Verletzte

London, 6. Mai. Ein schweres Erdbeben suchte die indische Stadt Rangoon heim. Zahlreiche Gebäude sind eingestürzt. Mehr als 150 Verletzte sind bisher in die Krankenhäuser eingeliefert worden. Unter den eingestürzten Trümmern sollen sich zahlreiche Todesopfer befinden. Bisher rechnet man mit 40 Toten. Unter der Bevölkerung ist eine Panik ausgebrochen.

eine große rote Fahne und 34 kleine Papierfahnen. Ein Genosse besorgte eine drei Meter lange Stange und machte so die Fahnen zum Aufziehen auf der höchsten Spitze unserer Gefängniszelle fertig.

Das schwerste Geld Arbeit mußte beim Anbringen der Fahnen in der Nacht vom 29. April zum 1. Mai getan werden. Tag und Nacht parolierten schwer bewaffnete Wächter vor der hohen Mauer, durch welche wir von der Außenwelt abgetrennt sind. Nicht nur alle Zellen, sondern auch sämtliche

Verbindungsgänge auf den Korridoren und zu den Dachgeschossen sind mit schweren Eisentüren versehen. Trotzdem benutzten wir uns kurz vor Mitternacht ein verarbeitetes Zeichen,

Dah seit 10 Uhr abends die große rote Fahne über der Zelle weht.

Jetzt wurden in allen Zellen die Fensterriegel gelöst und bald darauf flatterten im scharfen Ostwind unsere Papierfahnen.

Kein Judas weit und breit

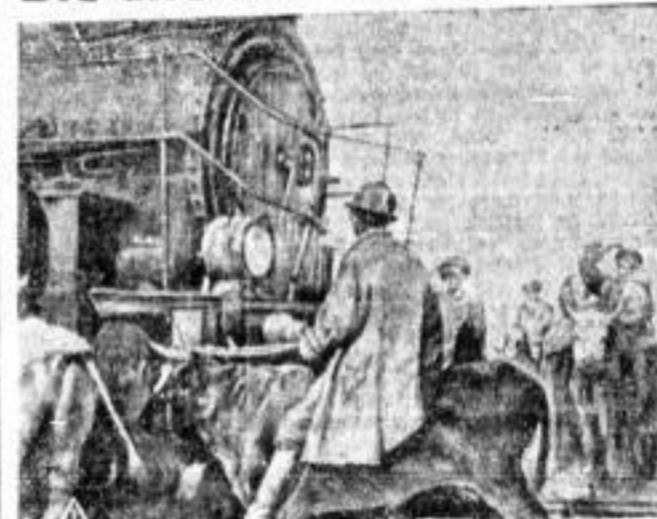
Am 1. Mai, 6 Uhr früh, war alles auf den Beinen. Während wir noch eingeschlossen blieben, wollte der diensthabende Inspektor die rote Fahne durch kriminelle Zuchthausgefangene herunterholen lassen. Doch unsere Mahnungen aus den Zellenfenstern heraus hatten den Erfolg, daß keines dieser Opfer der kapitalistischen Gesellschaftsordnung sich zu diesem Todsündenentgegen ließ. Die höhere Beamtenchaft schämte vor. Vor den Zellenfenstern beobachteten wir die Wirkung unserer revolutionären Arbeit. Gestalt aus den Reihen der Landproleten, die auf der Chaussee, die an der Zelle vorbeiführt, standen, drangen an unsere Ohren. „Rot Front“ tönt es aus den Zellenfenstern der 450 Zuchthausgefangenen zurück. 26 politische Gefangene singen die „Internationale“ mit einer Begleitung, wie sie nur von Klassen- und illegalen Arbeitern gefunden werden kann.

Sozialfaschistischer Polizeinspektor entfernt „Zeichen des Hochverrats“

In zwei Stunden gelang es endlich dem sozialfaschistischen Polizeinspektor des Gefängnisses und drei Hauptwachmeister, die Entfernung der Fahnen zu bewerkstelligen. Erst gegen 11 Uhr konnte dem Direktor gemeldet werden, daß die „Zeichen des Hochverrats“ entfernt seien und die Republik wieder auf „festen Füßen“ stehen.

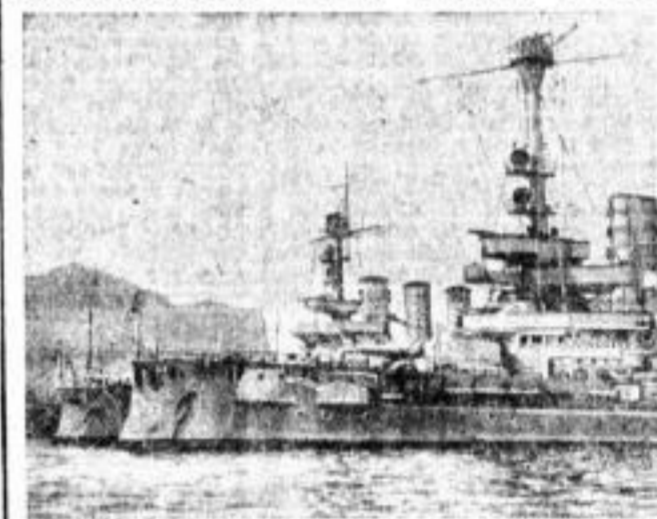
Nicht nur ganz Gollnow, sondern ganz Hinterpommern wurde durch unsere Maidemonstration auf unser Endziel, die proletarische Revolution und die ihr folgende Diktatur des Proletariats, hingewiesen. Die wertvolle Bevölkerung jubelte uns zu und nicht wenige gelobten in diesen Stunden, kämpfend an unsere Seite zu treten.

Die alte und die neue Zeit



Um die mit großen Fehlerlichkeiten kürzlich in Dienst gestellte Türkisch-Bahn in Betrieb zu setzen, kamen unter anderem auch zahlreiche Bauern Hunderte von Kilometern auf ihren Häfen herangeritten. Mit ehrfurchtsvollem Staunen betrachteten sie das große metallische Ungeheuer, das sich lauchend und mit rasender Geschwindigkeit auf den glänzenden Schienensträngen vorwärtsbewegte. Die alte und die neue Zeit begrüßten sich. Hier Stahlrohr — dort Büffel! Unser Bild zeigt türkmenische Bauern, die zu den Eröffnungsfahrlichkeiten von weither geritten kamen.

Sommerreise für unser Geld



Die kaiserliche Tradition, alljährlich mit einigen Geschwadern „Eiserne Hunde“ Deutschlands Macht und Stärke dem Ausland vorzudemonstrieren, wird auch von der republikanischen Kriegslotte nicht gebrochen. In diesem Jahre verpölvort ein deutsches Geschwader unter dem Kommando des Vizeadmirals Oldekopp unser Geld im Mittelmeer. „Besonders herzliche Aufnahme“, so schreiben die bürgerlichen Zeitungen, fanden unsere blauen Jungen in Italien. Bordfest folgte auf Bordfest. Und der Sekt floß dabei in Strömen. Natürlich nur in den Offiziersmessens. Die Mannschaft diente, wie früher durfte höchstens aus vollen Lungen Hurrah brüllen. Unser Bild zeigt das deutsche Geschwader im Hafen von Palermo.

Die Menschenfalle im Friseurladen

Wahnsinniger tötet sieben Menschen

Warschau, 6. Mai. Nach einer Meldung aus Kowno hat sich dort im Stadtzentrum in dem bekannten Friseurgeschäft „Zentral“ eine Missetat zugetragen, die in der ganzen Stadt lähmendes Entsetzen hervorgerufen hat.

Trotz da des Morgens ein Major des polnischen Heeres in den Laden, um sich rasieren zu lassen. Nur ein Gebillie war anwesend, der den Offizier einleitete und sich plötzlich mit offenem Kollernmesser auf ihn stürzte. Dem Major gelang es rechtzeitig, den Revolver zu ziehen und gegen den wahnsinnigen Friseur zu feuern. Der Mann, ein 35jähriger, seit vielen Jahren in dem Geschäft angestellter Friseurgehilfe namens

Gregor Wlaskanek, wurde in die Brust getroffen und schwer verletzt.

Sieben wollte der Major das Geschäft verlassen, als er aus dem Nebenraum des Ladens ein jämmerliches Stöhnen vernahm. Er tief einige Vorübergehende zu Hilfe und man fand in einem kleinen halbdunklen Nebenraum nicht weniger als

acht Männer, die alle entsetzlich klaffende Schnittwunden am Halse hatten. Sieben waren davon bereits verblutet und tot.

Der achte, ein Kaufmann, lebte noch und konnte angeben, daß der Friseurgehilfe Wlaskanek ihn nach dem Einleiten mit dem Messer überfallen, Schnittwunden am Hals zugefügt hatte und ihn schließlich in den Nebenraum schleppte. Dort lag der Kaufmann, als er wieder zu sich kam, herrlich fünf andere Männer noch eingekerkert und mit gräßlichen Wunden am Boden liegen.

Da die Schnittwunde, die der Wahnsinnige von dem zu seinem Glück geistesgegenwärtigen Offizier erhalten hat, sehr schwer ist, glaubt man nicht, daß der Verunglückte am Leben bleibe.

Der Sieger



Dieser mit Lorbeerkränzen geschmückte Bursche, ein dreieinhalbjähriger Zuchtbulle aus Sölden, mit dem respektablen Gewicht von 2 1/2 Zentner, erhielt auf der z. Zt. in Berlin stattfindenden 43. Mastviehausstellung den 1. Preis. Ob der Besitzer dieses Preisbullens auch in das allgemeine nationale Geschrei von der Notlage der deutschen Landwirtschaft einstimmen wird?

Ausdehnung der Waldbrände in Amerika

1500 Häuser niedergebrannt

New York, 6. Mai. Die Waldbrände im Staate New Jersey haben an Ausdehnung weiter zugenommen. Bisher sind 1500 Häuser niedergebrannt. 35 000 Menschen sind mit der Bekämpfung des Feuers beschäftigt. Die Stadt Lakewood ist rings von Waldbränden eingeschlossen und befindet sich, falls nicht bald Regen einsetzt, in großer Gefahr.

Salbtot geprügelt und dann angeklagt

Der Buchdrucker Eichel aus Wanne war wegen eines Wirtschaftsvertriebes von zwei Polizisten mit Gummiknüppel und Seltengewehr so schwer mißhandelt worden, daß er bewußtlos und mit klaffenden Wunden ins Krankenhaus gebracht werden mußte. Nicht genug mit diesen Verwundungen, erhielt er noch ein Strafmandat wegen „Widerstandes gegen die Staatsgewalt“. Das Gelsenkirchener Strafgericht sprach dem Angeklagten jedoch frei mit der Begründung, daß die beiden rohen Burken in Uniform „ihre Befugnisse erheblich überschritten hätten“. Der Staatsanwalt legte dagegen Berufung ein, die vor einigen Tagen vor der Essener Strafkammer verhandelt wurde. Auch dieses Klagengericht mußte den Freispruch bestätigen. Die beiden Prügelhelden sind aber heute noch im Dienst und dürfen ungekört weiter Arbeiter blutig schlagen.

Tropenhitze und eijige Kälte in Amerika

Während am Montag in New York Sommerhitze mit einer Höchsttemperatur von 29 1/2 Grad Celsius herrschte, wurden die Gegenden in Kalifornien um Los Angeles herum von einer starken Kälte mit Schneefall heimgesucht, wobei eine Person ums Leben kam.

Kopfpämien auf Arbeiterfrauen

Folgender Erlaß des Reichsleiter Untersuchungsrichters stellt wohl die empfindlichste Anforderung reaktionärer Klassenjustiz in den letzten 10 Jahren dar:

Bekanntmachung
300 Mark Belohnung

Polizeilich, den 12. April. Die Witwe Maria Zecher, geb. Strehner, aus Wietzen und der Arbeiter Wolf Stroh aus Wehrbaum sind wegen des hingerichteten Beschädigten, in den letzten Jahren an ihrem Wohnort zusammen zu haben, in Untersuchungshaft genommen. Die beiden blühende Frauen sind für die Unterzeichnung von Zeugnissen, die die Täter zu überführen, insbesondere für die Hauptüberführung, bereit zu sein, an denen von den oben bezeichneten Personen Abrechnungen bezugnehmend, ist eine Belohnung bis zu 300 Mark angesetzt.

Die Verteilung der Belohnung erfolgt durch mich im Einvernehmen mit dem Herrn Regierungsvorstand in Wietzen unter Ausschluss des Reichsleiters.

Wachen immer gemacht werden entweder zu dem obenstehenden 2. A. 1017-29 der Staatsanwaltschaft Wietzen oder an die zuständige Kreispolizeibehörde.

Man verhaftet zwei Proletarier, wirft sie in den Kerker und zahlt Belohnungen aus, um durch Spitzelberichte eine nachträgliche Rechtfertigung der Verhaftung herbeizuführen. Das Empfindliche an diesem Lustspiel ist, daß die Justizbehörde regelrechte Kopfpämien für die Erziehung armer, ausgebeugelter Arbeiterfrauen aussetzt. 300 Mark gibt der tüchtige Klassenrichter für dieses Demagogen-Handwerk zu verdienen. Gute Zeiten für Spitzel und Ahtgroßvergnügen!

(Was der neuesten Nummer der KZ, die noch reichliches Material aus über den oberirdischen Bau bringt.)

Sakenkreuzerstandal im Duisburger Stadttheater

Ein Trupp Nazis verwarfte am Montag abend im Duisburger Stadttheater die Aufführung von Alfred Neumanns „Haus Daniel“, eine sozialistisch-demokratische Angelegenheit, zu hören. Als ein Schauspieler von der offenen Bühne herunter die Nazis beim rechten Namen nannte, indem er sie als „Feindlinge“ und „Vioten“ bezeichnete, wollten sie die Bühne stürmen. Ein Heberfallkommando sorgte schließlich für den ungehinderten Fortgang der Aufführung. Der Gummiknüppel trat selbstverständlich nicht in Tätigkeit.

Blutige Sensation

In der Arena von Moutis bei Marseille wurde bei einem Stierkampf ein Stierkämpfer von seinem wütenden Gegner aufgeführt. Er starb unmittelbar darauf unter großen Schmerzen.

Massenauschlüsse in dem VfZuS Freital

11 Genossen von den Reformisten zur Streife gebracht

Die Verbands-Generalversammlung hat die Pflicht auf sich zu laden, die Massenabschlüsse mit dem Namen der Partei zu liquidieren, darunter ist zu verstehen, daß diese Abschlüsse mit ihnen nicht gelöst werden darf. (Aus den Anweisungen von Max Ehrlich)

In großer Aufmerksamkeit in allen sozialdemokratischen Zeitungen wurde die Verbands-Generalversammlung in Berlin gewürdigt. Der Marxismus wurde dort eingehend begraben. Die Einheitsfront mit der Konföderation SPD ist nunmehr offizielle Tatsache. Darüber hinaus vollzog sich in Berlin eine Annäherung an die religiöse Ideologie überhaupt. Schon die Tatsache, daß der kommunistische Parteipolitiker Die Germania" vertreten war, zeigt, daß der Kurs für den freigeistlichen Gedanken in der Zukunft im Verbandlichen festgelegt worden ist. Die Körperrechtsfrage wurde einstimmig angenommen. Das Zielmotto in der kapitalistischen Staat kann nur vollzogen werden, wenn alle marxistischen Strömungen in den Reihen des Verbandes befreit werden. Die Verbands-Generalversammlung schloß die notwendigen Versicherungen, die der Opposition nicht mehr die Möglichkeit geben sollen, zu den Mitgliedern zu sprechen, und den reaktionären Charakter der Verbandshandlungen aufzuzeigen. Wer opponiert, fliegt! Das ist der Zeitgedanke und das Ergebnis der Berliner Tagung. In den Reihen, wo die „linken“ sozialdemokratischen Schwärmer sich dem Streifen-Politik unterworfen haben, will man mit einer neuen Linie beweisen, daß die Sozialdemokraten die besten Vertreter der Spaltungspolitik sind. In Freital, wo man alle Kommunisten und Parteien aus den Funktionen ausgeschaltet hatte, und triumphierend die Champade der Opposition verteidigte, hat man nun mit einem Schlage 11 oppositionelle Genossen ausgeschieden. Die selbständige Arbeit der Opposition zeigt ihren Fortschritt an.

Max Ehrlich, der den Epitheton „Der kleine Mussolini“

von den oppositionellen Arbeitern erhalten hat, sah seine Pläne verfliegen. Er mußte zu diesen Massenauschlüssen greifen. Aber wir sagen heute schon, daß diese Spaltung den gewünschten Erfolg nicht zeitigen wird, wenn auch die 11 Genossen nicht mehr in den Reihen des „Deutschen Arbeiterverbandes“ sind. Die Front der Opposition wird nicht kapitulieren vor dem „kleinen Mussolini“ Feind. Mit aller Kühnheit und Entschiedenheit wird nun erst recht die Opposition die Mitglieder gegen die Spaltungspolitik mobilisieren. Die Sozialdemokraten werden die Tatsache sehen, daß die Spaltung des Verbandes von ihren führenden Genossen betrieben wird. Nicht die Opposition laßt, sondern Feind und seine Freunde sind es. Die gesamte Mitgliedschaft, die bis jetzt noch nicht der Opposition glauben, muß und wird die Spaltung der großen Ortsgruppe ablehnen. Auch für die übrigen Ortsgruppen müssen die neuen Massenauschlüsse ein Signal zur Einnahme einer ersten Abwehrstellung sein. Die Verbandsversammlung von der Verbands-Generalversammlung, die unter Ausschaltung der breiten Mitgliedschaft vor sich geht, muß gerade von der Opposition unter Anwendung aller Kräfte von der breiten Mitgliedschaft zur Diskussion gestellt werden. Selbständige Versammlungen dort, wo die Führung der Ortsgruppe nicht haben, Organisierung von Oppositions-Unterschiedskonferenzen sollen uns einen Schritt vorwärts zur Erreichung der Freiheit bringen. Jedes Verlangen oder Verzicht auf die Auswertung der letzten Reichstagsperiode eine Stärkung der Spaltungspolitik der Verbandshandlung. Gerade jetzt muß die Opposition zeigen, daß die marxistische Theorie nur von ihr vertreten und verteidigt wird. Wir dürfen nicht zulassen, daß die Mitgliedschaft meinetwegen entschuldigt und der Verband zu einem offenen Instrument der Kulturreaktion umgewandelt wird. Das sind gewaltige Aufgaben für die Opposition, aber ihre Erledigung wird den Einfluss der Opposition in den Mitgliedermassen vergrößern und verstärken. Arbeiterfort. 1143.

Trotz schwerer Krankheit ermittelt

Das Richteramt als reaktionäre Einrichtung (Arbeiterfortrespondent)

Heidenau. Der Hausbesitzer und Volkshilfsmann Seubert, Ferdinandstraße 2, klagte gegen den Mieter Eick Beschwerde auf Aufhebung des Mietverhältnisses. Als Begründung gab er folgendes an: Beleidigung, tätlicher Angriff sowie Herauswerfen von Gegenständen auf die Straße. Man mag aber in Betracht ziehen, daß bereits schon 15 bis 20 Verhandlungen in dieser Angelegenheit stattgefunden haben, acht Zeugen waren ebenfalls erschienen, die zum Teil Aussagen des Beklagten sprachen. Zu diesem Herauswerfen aus der Wohnung hatte der Hausbesitzer sogar Hinterzettel bei den Mietern zusammengetragen; obwohl 8 bis 10 Parteien dort wohnen, erhielt er nur 2 Hinterzettel. Ganz besonders hat sich der Zeuge Ebert, ehemaliger Geschäftsleiter, dafür eingesetzt, daß Eick aus dieser Wohnung kommt, da Eick schon geraume Zeit in diese einziehen möchte. Am 21. 4. 30 fand nun die Entscheidung vor dem Richteramt statt. Das Urteil lautet: Kündigung der Wohnung bis zum 31. 5. 30, obwohl keine Kündigung vorlag und die Miete 5 bis 6 Wochen im voraus bezahlt war. Der Beklagte war natürlich sehr aufgeregt über dieses Urteil, da er 100prozentig kriegsbeschädigt und Vater von drei Kindern ist, auf Grund seines schweren Leidens (Lungenkrankheit und Herz-Kreislauferkrankung) völlig arbeitsunfähig und noch dazu seit Oktober 1929 aus der Erwerbslosenversicherung ausgeschieden ist. Er verlangte vom Gericht unter verschiedenen Schimpfwörtern die Begründung des Urteils, was ihm verweigert wurde. Man brühte auf den Kesseltopf, und es erhielt ein Gerichtsvollzieher, der den Beklagten an die Pforten leit. So richt der Dant des Kaiserlandes aus. Darum, Mieter, Erwerbslose, schließt euch zusammen und kämpft mit der SPD, denn nur sie vertritt die Interessen der Betroffenen.

Anmerkung: Die Volkshilfe auf der Freien Straße weigerte sich, diesen Artikel zu veröffentlichen, mit dem Bemerkung, sie seien schon zum Teil reingelassen, obwohl der Redaktion Abonnent dieser Zeitung ist. Auf Grund dieser Tatsache ist die Volkshilfe wieder einen Fehler log geworden.

Der Landbundführer Pomfel in wahrer Gestalt

(Landarbeiterfortrespondent)

Waldtham. Hier wurde Mitte April das Gut des Kleinbauers Riffe unter dem Hammer gebracht. Riffe wurde das Opfer der schönen Reagenzentration, die die Kleinen ansah, um den Boden zu helfen. Schon seit Jahresfrist geht die Einweisung. Einmal wollte die Gemeinde helfen eingreifen, aber Herr Pomfel, der Gemeindevorsteher ist und sich als Bauer zur Rache geist hat, da es ihm angenehmer ist, im Büro des Landbundes den Lohn anzusehen, war der Meinung, 42000 RM. wäre zu teuer; wenn es unter dem Hammer kommt, würde es billiger! Damit zeigte er offen, daß sein Interesse der Unmöglichkeit des Kleinen Bauern ist. Nimmst was es so weit. Die Möbel des Bauern und er selbst samt seiner Familie wanden auf die Straße gekat. Pomfel hatte vorher schnell nach die Bauern insitiert: „Riffe! nicht die Gemeindegeld wird das Gut erleiden, dadurch wird es nicht so hoch geschraubt.“ Die Bauern glaubten auch, Pomfel und die Gemeindegeld wollten es billig erledigen, um einem Kollekanden ihrer Kollegen damit zu helfen.

Zeit gleich! Schon vor der Veräußerung war alles im Butter. Die Gemeindegeld erhielt das Gut für den Grundbesitzer und Landbundführer Pomfel, damit dieser seinen Schmeichelei unterbringen konnte. Die Bauern dürften deshalb nicht bitten, weil der „notleidende“ Pomfel ja so arm ist. So ruinierte Pomfel den Kleinbauern Riffe, wachhalt der acht Ton eines Landbundführers. (1127)

Roter Werbefesttag am 11. Mai in Hainsberg

Die Kommunisten und Hainsberger Genossen treffen sich 9 Uhr vorm. am „Eisbender“. Die Arbeiter Genossen sammeln 8.30 Uhr am „Zehlfischen Woll“ und marschieren nach Hainsberg. Alle Hainsberger, Kommunisten und Arbeiter Genossen und Genossinnen nehmen daran teil.

Sie kennen mich doch!



In jedem Ort Deutschlands bin ich seit 30 Jahren aufs beste bekannt. Jede Woche wird mir ein Viertelstündchen gewidmet. Dann hefte ich Millionen Frauen bei ihrer Haarpflege.

Schwarzkopf Schaumpon 20s

(Extra mit Haarglanz-Pulver 30 Pfg.)

Schreier als Polizeichef und Provokatour

Verfucht politisches Kapital bei einer Demonstration zu machen

Jahschwig. In trauem Verein mit den kapitalistischen Soldaten, mit den sozialistischen Subalternen verlor der Polizeichef Schreier, in der „Arbeiterpolitik“ die Wirkung der Demonstrationen der KPD abzuschwächen. Am selben Morgen in Jahschwig etwas zu bieten, bemüht er die von ihm am 1. Mai bewußt propagierten Zwischenfälle, um seinen lahmen Parteischimmel vorwärts zu bringen. Die sozialistischen Schmierhuden, die vor dem 1. Mai eine planmäßige Höhe gegen angebl. Störungstruppe der KPD“ enthielten, sind selbstverständlich die gegebenen Verteidiger der Schreierianer, die es sich zur Aufgabe machten, unter der Firma „Einheitsfront“ als Störungstruppe in der KPD-Demonstration zu wirken. Nachdem Schreier den Sozialdemokraten durch das Verbot des Vorbesitzes der beiden Demonstrationen aneinander aus „Sicherheitsgründen“ Genutung verschafft hatte, konnten sich jene Sozialdemokraten darüber nicht dankbar zeigen, mußten in den Chor der Verunglimpfung einstimmen. Die Ursache, eines jener Schreierischen Transparenze, das mit der Unterdrückung „KPD-Opposition“ demagogisch die übliche Einheitsfront forderte, hatte Schreier mitgebracht in der öffent-

lichen Absicht, die Demonstrationen herauszufordern. Die Ablehnung der Aufforderung der Ordnung, das Transparent zu entfernen, ließ erkennen, daß Schreier es auf einen Zusammenhang angelegt hatte, wobei anders wäre sein Schreier späteres handgreifliches Verhalten gegenüber den Dromern zu erklären. Wenn Schreier hier heute bräut, eine Provokation abzugeben zu haben, so stützt er nicht darüber hinaus, daß er als Provokateur auftritt. Nur der Wille der Demonstrationenleistung, jede Schlägerei zu vermeiden, verhindert eine ernste Auseinandersetzung mit jenseitigen Schwanz ohne Anstina, mit jenen Beuten, die gestellt waren, die Demonstration durch Polizei auseinanderzuzerren zu lassen, verhindert Provokate, die Schreier gern zur Auswertung gegen die KPD herbeimanövrieren. Nun, die Zeit wird auch in Jahschwig kommen, wo die Anhänger der KPD-Opposition die gerichtlichen Methoden eines Schreiers, Politik zu machen, erkennen werden. Ruffe dieser durch die verordnete Abwehr Schreiers herangebrachte Politik diesen Freyß beklammern. Die Arbeiter werden dem Provokateur Schreier die Antwort nicht schuldig bleiben.

Arb. Fortrespondent 1143.

Wenn ich den Wandrer frage . . .

Nach Baugen, nach Baugen, sagt er mit trübem Sinn

Baugen. Immer brutaler wirken sich die reaktionären Maßnahmen der Bourgeoisie aus. Mit der Durchführung des Bauplans wird die Ausbeutung der Arbeiterklasse immer härter durchgeführt. Besonders spürt es der Prolet auf sozialpolitischen Gebiet. Nicht nur der Unternehmer bedient sich dabei der Mittel, auch die staatlichen und städtischen Verwaltungen streben im Ausbeuten nicht nach, sondern gehen mit dem besten Beispiel voran. Am folgenden Beispiel soll die Arbeiterklasse erkennen, wo der reaktionäre Feind steht.

Durch die allzu große Not, und durch das Schandgefühl billigen werden viele Arbeitslose gezwungen, auf die Wanderschaft zu gehen. Werden diese Armeen der Armisten nun auf der Durchreise unterstützt? Nein, überhaupt nicht. Ausgedeutet werden sie.

Beim Fürlingsgesamt Baugen ist es Mode, daß die Durchreisenden etwaige Reparaturen an Bekleidungsgegenständen abarbeiten müssen. Für ein Paar Schuhe, die repariert werden, müssen 16 Stunden Arbeit geleistet werden. Dabei ist die Verpflegung in der Herberge mit eingerechnet. Wir werden nun ausrechnen, was das Fürlingsgesamt an den zu beschleudenden Schuhen verdient.

Ein Paar Schuhe zu beschleudern kostet 5 Mark, für die Verpflegung zahlt die Stadt einschließlich Schlafen 1,20 Mark pro Tag, das macht für 2 Tage Verpflegung, da ja 16 Stunden gearbeitet werden muß, 2,40 Mark, zusammen also 7,40 Mark.

Der Stundenlohn beträgt 85 Pfennig, das macht in 16 Stunden 13,60 Mark. Das Fürlingsgesamt verdient 6,20 Mark.

Der ausgefachteste Unternehmer hat nicht solchen Nietenmediant wie das Fürlingsgesamt. Nun sind aber diese Fälle keine Seltenheit, sondern politisch täglich. Eine Nietennummer wird so aus den Knochen der Arbeiter herausgepreßt.

Das Eisen in der Herberge ist schlechter als im Gefängnis. Morgens gibt es ein trockenes Brätchen, mittags eine Bollerluppe, abends wieder Bollerluppe. Wir haben das schon seit in Augenblicke genommen; auch gelohnt und verzehlt, daß es manchmal nicht zu gehen ist. Eine dünne Scheibe Brot kostet 5 Pfennig, ein Stück Wurst 10 Pfennig usw. Auch die „Heilige Herberge“ riecht das Ausbeuten.

Arbeiter von Baugen, wollt ihr diesem Treiben des Wahlfahrtsamtes länger tatenlos zusehen? Wollt auch ihr euch noch länger verhöhnen lassen? Wollt ihr weitergehen bis ihr verrottet oder vom Hungerstich befallen werdet?

Tretet ein in die KPD, die mit diesem System Schluss macht und die Ausbeuter zum Teufel jagt. Arbeiterfort. 1144.

Ede Krone. (Der Tod vom Haus.) Als der Wittwid Oswald Hunger in Berlin aus seiner Galanterie auf die Straße trat, wurde er von einem Motorradfahrer umgeritten. Er erlitt Knochenbrüche und schwere innere Verletzungen und starb wenige Stunden nach dem Unglück.

Kleines Feuiletton

Der Nibelungentag. Im Opernhaus wurden im Rahmen des neu inszenierten Nibelungentages das Rheingold und die Walküre aufgeführt. Man fragt sich unwillkürlich, was die Verantwortlichen sich bei dieser Inszenierung vorgenommen haben mögen. Die Wälf Wagner und die liberale düstige Handlung stehen in schrecklichem Widerspruch zueinander. Schon der Beginn dieser Aufführungen zeigt, daß das Bürgertum, das anlässlich des Todes von Cosima Wagner ihren Ahnen der Kunst noch einmal demonstrieren wollte, Richard Wagner fastlich ignoriert. Es hat keine Beziehungen mehr zu seiner Wälf. Besonders fiesatropisch war die Aufführung von Rheingold. Eine dünne, langweilige Handlung, überflüssig und unklar Gesten. Die Walküre hand hienlich etwas höher, konnte jedoch ebenfalls nicht, selbst noch bürgerlichen Standpunkt, beileiden. Gemisch: die Sänger waren durchweg auf der Höhe, aber wenn die Ausstattung zu dürftig, die Beleuchtung schlecht, kurz, die Regie nicht klappert, ist auch die Einzelleistung nicht in der Lage, eine verpfändete Inszenierung herauszureißen. Der obligate Beifall wurde natürlich gesendet, denn die Bourgeoisie weiß, daß sie nichts Neues in der Kunst zu produzieren vermag, und Wagner, wenn auch in milderer Aufnahme, ist besser als nichts. . . .

Ein wichtiger Vortragsabend

Der Bund proletarisch-revolutionärer Schriftsteller, Affoziation revolutionärer bildender Künstler und die Universitätsbibliothek für Alle veranstalten am 14. Mai, 9 Uhr, in der Weichen Schleiße, Windelmannstraße, einen gemeinsamen Abend. Dresden revolutionäre Künstler bringen eigene Arbeiten, das proletarische Kulturtheater spielt, Ludwig Friedrich liest Werke Dresden revolutionärer Schriftsteller, Dresden revolutionäre Musiker spielen ihre Werke. Verkauf von Fotokupplungen für wenig Geld. Die Universitätsbibliothek für Alle zeigt in ihrer Ausstellung die besten revolutionären Bücher der Jetztzeit und bietet ihnen für geringen konvolutionären Führer der Jetztzeit und bietet ihnen für geringen Preis Gelegenheit, eine gute Bibliothek anzuschaffen. Am Schluss der Veranstaltung findet eine Diskussion über das Programm der Bund proletarisch-revolutionärer Kulturarbeit statt. Arbeiter, Angestellte, Intellektuelle, Kommt und hilft somit an dem großen Werk der proletarisch-revolutionären Kulturarbeit!

Ein neues Handbuch der Reichstagsfraktion

Unter dem Titel „21 Monate Hermann-Müller-Regierung“ gibt die kommunistische Reichstagsfraktion in den nächsten Wochen ein neues Handbuch heraus über 1 1/2 Jahre Koalitionspolitik der Sozialdemokratie. Dieses Handbuch erscheint als Ergänzung des im letzten Reichstagswahlkampf herausgegebenen Handbuchs unserer Reichstagsfraktion, und widert ausführlich die gesamten politischen Ereignisse bei den letzten Wahlen, den Kampf der Kommunisten im Reichstag und die Stellung der Sozialdemokratie, des Zentrums und der Nationalsozialisten zu allen politischen Fragen. Unter der Gesamtredaktion des Gen. Torgler enthält das Handbuch Beiträge über alle politischen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Gebiete aus der Feder der Genossen Alexander, Wenzler, Grät, Hornke, Jansch, Rippberger, Rostowski, Neubauer, Kidel, Schröder, Schumann, Stocker und Torgler.

Das für alle Reichstagsmitglieder, Betriedoblen und Funktionäre der Partei geradezu unerschöpfliche Handbuch, im Umfang von ca. 450 Seiten, mit zahlreichen Dokumenten, Anträgen und Interpellationen und Bestimmungen der einzelnen Parteien, wird zu einem Subskriptionspreis von 3 Mark abgegeben, wenn die Besteller bis zum 22. Mai ihre Bestellungen an die Parteibuchhandlungen oder Literaturvertriebsstellen richten. Das Buch, das im Internationalen Arbeiterverlag, Berlin C 23, Kleine-Alexanderstraße 28, erscheint, wird nach Herausgabe im Buchhandel 4 Mark kosten. Es empfiehlt sich also für alle Genossen, die Bestellungen sofortig einzureichen.

Die Frau im neuen Rußland

Aufstieg oder Niedergang in Rußland? Das ist die Frage, die alle Arbeiter, alle Arbeiterinnen beschäftigt. — Und wie leben die Frauen in Deutschland? Welche Rechte, welchen Schutz haben die Mütter? Gest Freitag den 9. Mai zum Uchbildervortrag „Die Frau im neuen Rußland“. Komme nach dem Restaurant „Tahim“, Ede Taucher- und Kaffeehaus. Anfang 8 Uhr. Eintritt frei!

Film der Woche

Reinheitskultur. Autabus Nr. 2. Eine durchaus besangene Sache, die allerdings weniger ist, die Bourgeoisie in ihrer ganzen Reichtümer zu kennzeichnen. Man hat schon genug, wenn man die gesellschaftlichen Verhältnisse kennt (siehe im Autobusmagazin mit einer höchst subtilen Funktionärin). Dazu die üblichen „Verwaltungen“ und die üblichen „Suppenköstler“ der Parteifunktionäre.

M. S. V. 12. Straßbare Ehren. Lebensbild der zwei Menschen die nicht heiraten dürfen. Eine Abhandlung, die gegen den 8. 173 des bürgerlichen Gleichheitsrechts Stellung nimmt. Der Film ist allen bürgerlichen Wehrstrassen sehr zu empfehlen. Am liebsten läuft, wie immer, ein Comedian.

Vielspiele Freiburger Platz. „Die Kollaten“. Eine sehr feine Zehn-Rolle, verfilmt für John Gilbert, den amerikanischen Sensationsschauspieler, der in die Sache tatsächlich Leben hineingibt. . . .

Rundfunk

Donnerstag den 8. Mai
16.30—17.10: Runder Musikal. Samstag, 18.05: Etnergrundfunk. 18.20: Wettervorhersage und Zeitangabe. 18.25 bis 18.45: Spanisch. 19: Die Grenzschichten und die Welt. 19.30: Volkstümliches Konzert. 20.30: Aus dem Streitgespräch zwischen Shaw und Eberstein. 21.45: Georg Schumann mit eigenen Werken. 22.30: Junthilfe, Zeitangabe, Wettervorhersage, Pressebericht und Sportfunk. Anschließend: Junthilfe.

Freitag den 9. Mai

16.30—17.30: Aus deutscher Opern. 18.05: Cigarette. 18.20: Wettervorhersage und Zeitangabe. 18.25: English. 18.45: Entgegnungen der Weltzeit. 19: Die englische Gegenwartsliteratur und die Kulturfragen unserer Zeit. 19.30: Konzert. 20.30: 30 Schiller 12. Todestag. 21.30: Aus der Wälf. 22.30: Zeitangabe, Wettervorhersage, Pressebericht und Pro Fund. Anschließend bis 24: Unterhaltungskonzert.

„...der sich nicht verbieten läßt“ / Von Willi Leow

Millionen deutscher Arbeiter, in deren Herzen und Hirnen die Liebe zur roten Front unauslöschlich eingedrungen ist, fingen das Lied auf ihren Demonstrationen und Kundgebungen: „Das ist der Rote Frontkämpferbund, der sich nicht verbieten läßt“. Das ist die Überzeugung, das ist der ernste Wille von Millionen Werktätigen in Stadt und Land.

Heute ist es ein Jahr, daß die Sozialdemokraten Severing und Erzellin den RFB verboten, eine Tat, vor der selbst der deutschnationale Reichskanzler Keudell zurückschreckte.

21 Monate sozialdemokratischer Koalitionspolitik waren eine endlose Kette der schmutzigsten Verrätereien, die die Geschichte der Sozialdemokratie kennt. Aber wohl in keiner Frage enthüllte sich die ganze Niedertracht und Verlogenheit der sozialfaschistischen Politik so offen und brutal, wie in der Durchführung des RFB-Verbots. Es ist notwendig, heute am Jahrestag des Verbots des RFB durch die Erzellin und Severing, dieses Kapitel sozialfaschistischer Verräterpolitik den Arbeitermassen ins Gedächtnis zurückzurufen. Wer heute die Geschichte des RFB-Verbots verfolgt, der kann nur immer wieder erstaunt sein über das ungeheure Maß von Streupolligkeit und Verlogenheit, das die Politik der Sozialfaschisten auszeichnet, der dürfte nun dem Glauben, daß eine sozialdemokratische Koalitionsregierung gegenüber einer Bürgerblutregierung „das kleinere Übel“ darstelle, ein für allemal fusteln sein.

Keudell eröffnet die Generaloffensive

Am 17. April 1928 eröffnete der deutschnationale Reichskanzler Keudell die Generaloffensive gegen den RFB. Die Severing und Erzellin als preußische Innenminister hatten ihm bereits vorgearbeitet.

Von ihnen waren schon vorher unter lächerlichen Vorwänden die RFB-Ortsgruppen in Hindenburg, Jallenburg, Dorismund usw. verboten worden.

Keudell wollte forscher, was seine sozialfaschistischen Ministerkollegen begonnen hatten, und den RFB für das gesamte Reich verbieten. Er machte sich deshalb mit einem Glücken an alle Landesregierungen, auf Grund des § 17, Absatz 2 des Republikverfassungsgesetzes, das Verbot des Roten Frontkämpferbundes zu erlassen.

Als Begründung für sein Vorgehen führte Keudell die „Sicherung der Reichstagswahlen vor gewalttätigen Störungen“ durch den RFB an. Die deutschnationale „Rechtsprechung“ plauderte jedoch die Wahrheit aus, nämlich daß das Verbot des RFB der Vorbereitung des Attentates gegen die Sowjetunion dienen sollte.

„Der Rote Frontkämpferbund ist der Nachfolger des Bolschewismus in Deutschland, die werdende rote Armee Deutschlands... hebt sie hoch, bis zu einem gewissen Grade mindert, die Staatsgewalt, wenn es zu außerpolitischen Konflikten kommt, zugunsten Sowjetlands auf.“

Diese gynische Verbotsankündigung Keudells löste einen ungeheuren Sturm der Empörung unter den Arbeitern aus. Unzählige Arbeiterorganisationen und Parteien erhoben klammernden Protest und bekundeten ihre Freilichheit, die rote Wehr- und Schutzorganisation des Proletariats gegen alle Angriffe zu verteidigen.

Unter dem Druck dieser Massenstimmung (die Reichstagswahlen standen vor der Tür) hielten es die Bourgeoisie und die Sozialdemokratie für ratsam, mit hinterhältigen Täuschungsmanövern zu operieren. Das Zentrum erklärte im Ueberrückungsausschuß des Reichstages, daß das RFB-Verbot „im Augenblick nicht angemessen“ sei. Das „Berliner Tageblatt“ schrieb: „Wir sehen darin (in dem Vorgehen Keudells) einen Verstoß gegen die Reichsverfassung.“

Vor der Wahl: SPD „gegen“ das RFB-Verbot

Am tollsten gebärdete sich jedoch die sozialdemokratische Presse. Sie „brandmarkte“ das Vorgehen Keudells als „blumpe Wahnhaftigkeit“ und nannte Keudell spöttisch den „Kellnermeister der RFB“. Sie brachte es fertig, sich als den „Verteidiger“ des RFB aufzuspielen und verteidigte sich sogar zu der unerhörten Behauptung, daß die Kommunisten mit Keudell unter einer Decke stünden, daß sie und die Deutschnationalen sich gegenseitig in die Hände arbeiten, und daß sie nichts feindlicher herbeiwünschten, als die Verwirklichung der Keudell'schen Absicht. Die preußische Otto Braun-Regierung erhob sogar gegen das Erlaß des Keudell'schen Verbot dem 4. Straßensatz des Reichsgerichts. So wollte die SPD, vor der Wahl die Arbeiter einfangen.

Am 19. April schrieb der Abend-„Vorwärts“:

„Preußen verhindert den Keudell'schen Gewaltstreich — gegen den Willen der Kommunisten... Wäre es den Kommunisten ernst um eine dauernde Behinderung des Verbots, so könnte es für sie nur eine Parole geben: durch die Neuwahlen auch im Reich eine sozialistisch-republikanische Regierung zu erzwingen... Absolut klar ist damit bewiesen: nur die sozialdemokratische Politik führt und erhält dem Volke die demokratischen Freiheitsrechte, während die Politik der Kommunisten zur Auslieferung des Staates an die Deutschnationalen und damit zur Verletzung der Freiheitsrechte führt.“

Am 2. Mai 1928 sagte der 4. Straßensatz des Reichsgerichts den Beschluß, daß die Weigerung der Landesregierungen, dem Erlaß des Reichsinnenministers nachzukommen, begründet sei, da die Voraussetzungen für die Auflösung des gesamten Roten Frontkämpferbundes nicht erwiesen seien. Es könne nur in konkreten Fällen (!) zur Auflösung einzelner Ortsgruppen geschritten werden.

„Nur die SPD sichert die demokratischen Freiheitsrechte“

Die Bourgeoisie mußte vor dem Proteststurm der breiten Massen zu Kreuzen kriechen und das Verbot des RFB auf einen späteren, „günstigeren“ Termin verschieben. Aber der „Vorwärts“ vom 3. Mai (Morgenausgabe) läßt diesen Erfolg der

proletarischen Massenaktionen in einen Erfolg der sozialdemokratischen Koalitionspolitik um:

„Die preußische Staatsregierung hat sich schuldig vor das Recht gestellt, auf der Seite der preußischen Staatsregierung stehen das Recht und die demokratischen Garantien der Bevölkerung — auf der Seite Keudells die Willkür, der Willkür zu politischer Unterdrückung und parteipolitischen Wohlmanövern. Die Entscheidung des Staatsgerichtshofes unterliegt, was jeder politisch Einsichtige in Deutschland längst weiß; Die preußische Staatsregierung unter sozialdemokratischer Führung ist die lebendige Garantie der demokratischen Rechte.“

Über halb war der Sozialdemokratie durch die Bildung der Hermann-Müller-Severing-Regierung Gelegenheit gegeben, den Arbeitermassen den „Unersichtlichen“ zwischen Bürgerblut und Koalitionspolitik praktisch zu demonstrieren.

Mit dem Fall des Pangerenregers begann es. Es dauerte nicht lange, da legte auch schon die Hege gegen den RFB, die internationalistische ideologische Vorbereitung des RFB-Verbots durch die SPD-Presse ein. Der Reichskanzler Keudell hatte in diesem Zusammenhang im Waller und erzählt, der Jungmann Schaffer wurde das Opfer einer schändlichen



Aus dem Aufmarsch der Hunderttausend in Leipzig.

Stenografischer Protokoll bei einem unpolitischen Wirtschaftsausschuß hat sich Keudell'sche Absichten in jedem Falle Rote Frontkämpfer die „Wörter“.

In letzteren Gerichtsverhandlungen sind alle diese Behauptungen als freche Lügen entlarvt worden. Aber für den Augenblick boten sie der SPD-Presse die günstigste Gelegenheit, eine lächerliche Wehrwehr gegen den RFB zu entwerfen und sie als Begründung für die Inhaftierungsmassnahmen gegen die revolutionäre Arbeiterfront ins Feld zu führen.

Nun folgte Schlag auf Schlag. Am 24. März 1929 erließ Keudell seine „letzte Warnung“, in der er offen das Verbot des RFB und der kommunistischen Partei androhte. Vom 1. bis 3. Mai führte Reichskanzler Keudell die Berliner Arbeiterfront, 33 Tage bedeckten das Straßensplaford.

„Severing diffamiert das RFB-Verbot“

Jetzt erließen die Erzellin und Severing die Gegenentscheidungen, zum entscheidenden Schlag gegen den RFB auszuheulen. Die ungeheure Missetat, die die sozialfaschistischen Arbeiter auf sich geladen hatten, mußte nach Möglichkeit verdeckelt und abgemildert werden. Der 1. Mai wurde zum Anlaß genommen, um das lange vorbereitete RFB-Verbot durchzuführen.

Am 2. Mai fand im Reichlichen Ministerium des Innern eine geheime Feilschungsitzung statt, in der im Einvernehmen mit Severing folgende kontroverse Maßnahmen beschlossen wurden:

1. Das Verbot der „Roten Röhre“ auf sechs Wochen; 2. Das Verbot des Hamburger Flugstreikens des RFB; 3. Das Verbot des Roten Frontkämpferbundes.

Ein Berliner Blatt hatte von dieser Geheimbesprechung Wind bekommen und der Reichlichen Mitteilung von diesen schändlichen Mäßen gemeldet. Die Erzellin und Keudell scheuten sich jedoch in ihrer kuppelhaften Verlogenheit nicht, am 3. Mai durch den Amtlichen Preussischen Pressedienst folgendes „Dementi“ zu verbreiten:

„Die Nachricht eines Berliner Blattes, wonach heute, Freitag, im Reichlichen Ministerium des Innern Feilschungen stattgefunden haben, in denen ein Verbot des Roten Frontkämpferbundes oder andere weitgehende Maßnahmen zur Verletzung dessen, ist völlig aus der Luft gegriffen und trifft in keiner Weise zu.“

Aber bereits am Abend des 2. Mai war das Verbot der „Roten Röhre“ durch Jürgelbel erfolgt. Am 4. Mai folgte das Verbot des Hamburger Reichstreikens durch Jürgelbels Parteigenossen Schänfelder, am 6. Mai das Verbot des RFB für Preußen durch Erzellin und wenige Tage später die Konferenz der Landesregierungen, in der Severing die übrigen Landesregierungen verpflichtete, sich dem Vorgehen Preußens anzuschließen.

Am Abend des 3. Mai wurde noch „dementiert“. Am 6. Mai erfolgte die Besetzung und Beschlagnahme der RFB-Büros. Aber die Verbotsverordnung Erzellin's, die er später dem RFB stellte, trägt ausgedrückt das Datum vom 3. Mai. Ein Beweis, daß das Auflösungsdekret bereits fertig ausgearbeitet im Reichlichen Erzellin's Log, als er sein verlogenes „Dementi“ in die Welt hinausjandte.

Es ging wie am Schnürchen, denn alles war schon längst vor dem 1. Mai bis ins einzelne vorbereitet. Wo sich Widerstände bemerkbar machten, griff Severing persönlich ein. Die Braunshweigische Regierung hatte es für zweckmäßig gehalten,

das RFB-Verbot in ihrem Lande hinauszuzögern. Darauf sprach Severing als Reichsminister des Innern selbst das Verbot aus und zwar mit folgendem Telegramm, das die soziale demokratische „Frankfurter Volksstimme“ vom 16. Mai 1929 unter der Überschrift „Severing diffamiert das RFB-Verbot“ veröffentlichte:

„Auf Grund des § 1 des Gesetzes vom 22. Mai 1921 wird der Rote Frontkämpferbund, einschließlich Rote Jungfront, mit allen Einrichtungen im Lande Braunshweig als aufgelöst erklärt... Gründe Vornahme der zur Durchführung der Beschlüsse und Beschlagnahme erforderlichen Maßnahmen.“

Mit einem überaus schändlichen Schritt der Deutschnationalen glaubte Keudell den RFB verbieten zu können. Und ausgerechnet die Zeit kurz vor den Reichstagswahlen suchte er sich dazu aus. Da zeigte sich doch Severing als viel fruchtbarer Feind im Kampf gegen die revolutionäre Arbeiterfront. Er jag nicht nur, wie es Keudell tat, das Republikverbot aus der Begründung des Verbots heran, sondern außerdem noch das Gesetz zur Durchführung des Versailles Friedensvertrages, das Reichsvereinsgesetz und das Reichsstaatsgesetz.

Er hatte vor allen Dingen einen sorgfältig ausgearbeiteten strategischen Plan in der Tasche. Wodurch gegen den RFB, Befestigungsgelände, um blutige Polizeitaten heranzuführen. Massenklammer am 1. Mai, Verbot der „Roten Röhre“, um die Stimme des revolutionären Proletariats zu unterdrücken und die Protestaktionen der Arbeiterfront zu schwächen, Verbot des Roten Reichstreikens, und als letztes das Verbot des RFB selbst — das waren die Stappen in dem strategischen Plan Severing's.

Ein Meisterwerk sozialfaschistischer Geisteslumperei und Völlerei ist auch die Begründung des RFB-Verbots, die erst einige Zeit nach dem erfolgten Verbot erlitten. Welche „Verbrechen“ werden da dem RFB u. a. vorgeworfen?

Unter den Demonstrationen und Aufzügen (am 1. Mai) und eine große Anzahl von Mitgliedern des RFB und der Roten Jungfront in bürgerlicher Kleidung teilgenommen und verhaftet worden.“

Die SPD habe eine Beschlagnahme herausgegeben, in der gesagt werde, daß der RFB eine wichtige, unentbehrliche Arbeit für den Kampf der Arbeiterfront leistet, in dem er in das Bewusstsein der Massen den Gedanken einhämmert, daß der Sieg der Arbeiterfront keine Frage des friedlichen Friedenswählens in der Sozialdemokratie ist, vielmehr letzten Endes nur die bewährte Macht der Arbeiterfront die Entscheidung bringen kann. — Für die sozialfaschistischen Severing und Erzellin ist die Einhämmern der Lehren von Karl Marx in das Bewusstsein der Massen ein „Verbrechen“, das mit dem Verbot der Organisation gehandelt werden muß.

Der RFB ist nach militärischem Muster theoretisch und praktisch ausgebildet worden, und zwar durch besondere militärische Leiter, die den Mitgliedern durch fortgesetzte Exerzier-, Fecht-, und Kampfabungen praktisch militärische und militärtechnische Ausbildung erteilt werden lassen. — Eine glatte Lüge, die nur herangezogen wurde, um den RFB auf Grund des Gesetzes zur Durchführung des Versailles Friedensvertrages verbieten zu können. Ueberflüssig zu betonen, daß sich die sozialfaschistischen Severing und Erzellin nicht mehr militärisch betätigen als jemals der RFB.

In diesem Stille geht es weiter. Selbstverständlich fehlt nicht die Lüge von der „Eröffnung“ des RFB, und selbst vor einer demütigen Fällung einer Revolution einer Berliner Gewerkschaft des RFB, überdies die Severing und Erzellin nicht zurück.

Bürgerpresse züchtigt Severing

Selbst ein bürgerliches Blatt, die „Berliner Volkszeitung“, sah sich veranlaßt, folgendes zu dieser erbärmlichen Verbotsbegründung zu schreiben:

„Wir müssen gestehen, daß wir uns die Begründung einer so einschneidenden Maßnahme, wie sie dieses Verbot darstellt, anders vorgestellt haben. Wir haben gehofft, daß Polizei- und Ministerium von so vielen und unerhörten Schandtatens wüsten, durch deren Bekanntgabe sie uns alle davon überzeugen könnten, daß dieses Verbot wirklich nicht mehr zu umgehen war. Diese unsere Erwartung ist nicht erfüllt worden.“

Der Rechtsvertreter des RFB, der Genosse Obach, hatte es leicht, in seiner umfangreichen Bekamerbücherei die Verbotsbegründung an Hand von Urakten und Dokumenten Punkt für Punkt zu widerlegen und sie als ein Übles, auf Lügen, Fälschungen und Verdrehungen aufgebauter Wahnwitz zu entlarven. Der 4. Straßensatz des Reichsgerichts, der über diese Bekamerbücherei zu entscheiden hatte, entzog sich dieser Aufgabe durch den Beschluß, daß das Reichsgericht leit dem Auftragsvertraten des Republikverbotgesetzes über die Bekamerbücherei, obwohl sie bereits vor seinem Ablauf in seinen Händen war, nicht mehr entscheiden könne und daß jetzt eine für die Entscheidung zutunbige Stelle nicht mehr vorhanden sei.

Wir haben die Geschichte des RFB-Verbots aufgerollt und die Verzogenheit wieder lebendig gemacht, die eine einzige Anklage gegen die sozialfaschistische Führerschaft der SPD, ist.

Sie bissen auf Granit

Ein Jahr besteht heute das RFB-Verbot. Ihr Ziel, den RFB zu zerlegen und die Arbeiterfront wehr- und kampflös zu machen, haben die Severing und Erzellin nicht erreicht. Aber sie können sich rühmen, der heutigen Bürgerblutregierung eine der schwierigsten Arbeiten vorweggenommen zu haben. Sie können sich rühmen, den Faschismus hochgezichtet und die Diktaturregierung des Bürgerbluts vorbereitet und ermöglicht zu haben. Die christlichen Arbeiter in der SPD und im Reichsbanner jedoch werden, nicht zuletzt an dem „Schulbeispiel“, das die SPD-Führer ihnen durch das Verbot des RFB gegeben haben, immer mehr erkennen, daß es für sie gilt, mit der verwerflichen Politik des Sozialfaschismus Schluss zu machen, gemeinsam mit ihren revolutionären Klassenossen gegen das schändliche Verbot des RFB und der Roten Jungfront zu kämpfen und die rote Einheitsfront des kämpfenden Proletariats herzustellen.

Nieder mit den sozialfaschistischen Unterdrückern des Roten Frontkämpferbundes und der Roten Jungfront! Einweg mit dem RFB- und R.J.-Verbot! Einzig in die Rote Klassenfront!

Revolutionäre Streitwelle in Spanien

Brief aus Madrid

Der mächtigste Mittel, der die Entwicklung der Arbeiterbewegung in Spanien antreibt, wurde nach den letzten Ereignissen in Madrid gelassen. Seine Aktualität hat jedoch durch diese Zustände keine Glanzpunkte verloren.

Immer deutlicher zeigt es sich, daß die Regierung Berenguer nicht in der Lage ist, die tiefe wirtschaftliche Krise Spaniens zu beheben. Die Lage in der Industrie und der Landwirtschaft verschärft sich immer mehr. Die Zahl der Arbeitslosen steigt von Tag zu Tag, und die Lebenslage der Erwerbstätigen in Stadt und Land sinkt immer mehr. Die Regierung versucht durch verschärfte Terror, insbesondere gegen die revolutionären Organisationen des Proletariats, der Lage Herr zu werden.

Sowohl die A.P. in strenger Illegalität arbeitet, ihre Presse verboten ist, sammeln sich die Arbeiter unter der Führung der A.P., der revolutionären Gewerkschaften, die den Kampf gegen die Diktatur Berenguers führt, unter der zentralen Führung: Nieder mit der Monarchie! Nieder mit der faschistischen Diktatur! Für die Arbeiter- und Bauernregierung!

Die Arbeiterchaft Spaniens antwortet auf die politische und wirtschaftliche Unterdrückung mit teilweise spontan ausbrechenden Streikaktionen und revolutionären Demonstrationen. Es zeigt sich bei diesen Kämpfen, daß die kommunistische Partei die einzige Kraft ist, die in Gemeinschaft mit den revolutionären Gewerkschaften erfolgreich die Kämpfe des Proletariats organisieren kann. Reformisten und Monarchisten stehen als offene Streikbrecher in der Front der Klassenkämpfe.

In Sevilla traten 4000 Hafenarbeiter unter Führung des revolutionären Transportarbeiterverbandes (ohne Leitung ist mit Kommunisten befreit) in den Streik. Alle Versuche der Reformisten und Anarchisten, den Kampf zu unterbinden, scheiterten an dem einheitlichen Willen der Arbeiter, welche die Wiederherstellung des Tarifs vor 1923 forderten. Trotz Verbots demonstrieren die Streikenden in den Straßen Sevillas. Die Regierung schritt zur Verhaftung einiger revolutionärer Führer und bekannter Kommunisten.

Die gesamte Arbeiterchaft antwortete auf diese Provokation mit einer mächtigen Massen demonstration und der Forderung der sofortigen Freilassung der Inhaftierten, wobei falls der Generalkonvent erklärt würde. Vor der entschlossenen Haltung der Arbeiterchaft wichen die Regierung und die Unternehmer zurück. Alle Forderungen der Arbeiter wurden bewilligt, und die Gefangenen in Freiheit gesetzt.

Das Verhalten der A.P., die in diesem Kampf die sichtbarste Führung war, ist gewaltig gestiegen. Die gesamte bürgerlich-reformistische Presse meinte die Vorgänge in Sevilla tot.

In Kenteria traten 1000 Papierarbeiter in den Streik. Diese Arbeiter mußten bisher 10 Stunden von erbärmlichen Löhnen kauft. Die Propaganda der Kommunisten hatte eine einheitliche Front der Arbeiter des Betriebes, die sich ein „Comité de Mesa“ (Kampfkomitee) bildeten, zur Folge. Die Unternehmer lehnten die Forderung der Belegschaft, Achtundtag und Lohnhöhung, ab. Die Belegschaft antwortete mit dem Streik, der geschlossen durchgeführt wurde. Die Entschlossenheit der Arbeiterchaft hatte zur Folge, daß alle Forderungen der Belegschaft bewilligt wurden.

Überall brachen kleinere oder größere Streiks aus, und überall zeigte es sich, daß dort, wo die Union General de Trabajo (Reformisten) noch Einfluß besitzen, die Kämpfe der Arbeiterchaft nicht nur Niederlagen nach sich ziehen, sondern offener Streikbruch auf der Tagesordnung ist.

Zu uns aus Bunt gemeldet, daß bei einem Streik der Zementarbeiter die reformistischen Gewerkschaften auf Verlangen der Unternehmer etwa 200 Streikbrecher stellten, so daß der Streik verloren ging.

Es ist die Aufgabe der Kommunisten, die Wiederherstellung der C.R.T. (Confederacion Nacional de Trabajo - Nationale Arbeitskonföderation), also die Schaffung einer einheitlichen revolutionären Gewerkschaft für Spanien so schnell wie möglich zu verwirklichen. Die letzten Kämpfe trugen starken politischen Charakter; überall wurden neben den ökonomischen Forderungen die politischen Parolen der A.P. Spaniens mit in den Vordergrund gestellt. Während die Reformisten in ihrer Hochburg, in Madrid, gescheitert waren, gelang es den Revolutionisten, am 1. Mai auf öffentliche Kundgebungen zu verzichten, fanden in ganz Spanien unter dem Banner der A.P. Spaniens am 1. Mai große revolutionäre Kundendemonstrationen statt.

Ganz Spanien in Gärung

Straßenkämpfe in Barcelona und Valencia - Allgemeines Versammlungsverbot

Madrid, 7. Mai. Die Bewegung gegen die Diktatur in Spanien hat sich auf die Provinz ausgebreitet. In Barcelona, wo Arbeiter und Studenten eine wichtige Demonstration durchführten, kam es zu heftigen Zusammenstößen. Die Polizei wurde mit einem Hagel von Pfaffensteinen und Dachziegeln zurückgetrieben. Auch in Valencia fanden schwere Straßenkämpfe statt.

Nachdem auch in Salamanca und Valencia die

Studenten in den Proteststreik eingetreten sind, hat die Regierung die Schließung sämtlicher Universitäten bis zum Beginn des Herbstsemesters angeordnet. In ganz Spanien herrscht Demonstrations- und Versammlungsverbot. Die Regierung hat die Anwendung einer Reihe von Maßnahmen gegen alle „Kollektiven“ angeordnet. Vorläufig war die Polizei den Massenkundgebungen gegenüber jedoch vollkommen machtlos.

Blutige Zusammenstöße in St. Pölten

Sozialdemokratische Arbeiter rebellieren gegen die sozialfaschistischen Führer

Wien, 7. Mai. In St. Pölten ereigneten sich seit Sonntag fortgesetzte Zusammenstöße zwischen Arbeitern und Faschisten. Die in den Glasbläserwerken beschäftigten Heimwehler wurden von Arbeitern aus dem Betrieb vertrieben. Als die Polizei einige jugendliche Arbeiter vor dem Fabrikgebäude

verhaften wollte, wurde sie mit einem Steinwurf zurückgetrieben. Einige Polizisten wurden verletzt. Auf den Straßen kam es zu wichtigen antifaschistischen Demonstrationen. Erregende Faschisten wurden von den Umwachen heruntergeholt und verprügelt. Die durch 100 Gendarmen verstärkte fälschliche Polizei ist machtlos. Augenblicklich ist Militär im Anmarsch.

Diese Vorgänge gehen zurück auf die Demonstrationen am Sonntag, über die erst jetzt genauere Nachrichten vorliegen. Am Sonntag veranstalteten die faschistischen Heimwehler in Stärke von 10000 Mann einen Aufmarsch in St. Pölten. Die Führung des sozialdemokratischen Schutzbundes hatte dem Drängen der Arbeiteropposition folgend Gegenkundgebungen ansetzen müssen. Auf Kraftwagen und in Sonderzügen waren etwa 15000 sozialdemokratische Arbeiter in St. Pölten eingetroffen.

Die sozialdemokratischen Führer hatten mit den Behörden genaue Abmachungen über die Protestkundgebungen getroffen. Danach sollten während des Faschistenaufmarsches die Schutzbündler sich auf den Straßen nicht zeigen lassen. Als einige Arbeiter, empört über die Zumutung ihrer vorrätigen Führung, sich in Ungehorsam zu verhalten, während die Faschisten sich in den Straßen des Arbeiterortes breit machten, diese Abmachungen nicht einhielten, wurden die Gegenkundgebungen sofort verboten.

Die sozialfaschistischen Führer atmeten erleichtert auf und ließen die 15000 Arbeiter des Schutzbundes unter militärischer Bedeckung außerhalb der Stadt internieren, bis die Faschisten aus der Stadt abmarschiert waren. Am späten Abend wurden die Arbeiter, ohne ihre Gegenkundgebungen durchgeführt zu haben, von Militär nach Wien zurückgebracht.

Die angelegte Erbitterung und Erregung der St. Pölten Arbeiterchaft macht sich jetzt in spontanen Kundgebungen Luft

4 Wochen Wollarbeiterkampf in England

Die Rote Gewerkschafts-Internationale ruft zur Solidarität

Das Europäische Sekretariat der Roten Gewerkschaftsinternationale erläßt einen Aufruf an die internationale Arbeiterchaft, dem wir folgende Stellen entnehmen: Die Arbeiter der Wolllindustrie Großbritanniens haben seit dem 13. April im Kampf gegen den Angriff der Unternehmer. Sie haben gegen sich die Einheitsfront der Unternehmer, der „Arbeiter“regierung und der Gewerkschaftsbürokraten.

Die Gewerkschaftsbürokraten führen überhaft mit Unterstützung der Regierungsbereitete Verhandlungen mit den Unternehmern und betreiben den Abbruch des Kampfes auf der Basis einer Vorkaufabmachung vor. Die Arbeiterbewegung stellte die Forderung des unerschütterlichen Streikampfes gegen jegliche Vorkaufabmachung auf.

Die grundsätzliche Bedeutung des Kampfes der englischen Wollarbeiter besteht darin, daß hier der erste ernste Versuch eines großen Trupps des englischen Proletariats unternommen wird, den Streikampf ohne die Reformisten und gegen ihren Willen mit eigenen Kräften zu organisieren.

Die kämpfenden englischen Wollarbeiter brauchen die aktive Unterstützung des ganzen internationalen Proletariats, besonders des europäischen.

Macht Solidarität mit den Streikenden und mit ihren revolutionären führenden Organen! Sammelt für die Streikenden und nicht möglichst breite Arbeiterchaften in diese Aktion hinein. Organisiert diese Unterstützung in den Betrieben, in den Gewerkschaften, in den Arbeiterversammlungen, in den proletarischen Wohnvierteln, überall dort, wo ein Ruf zur Arbeitersolidarität überhallt haben kann.

Es leben die streikenden englischen Wollarbeiter und ihr Kampf!

Es lebe die revolutionäre Führung dieses Kampfes, die Kampfkomitees und die Arbeiterbewegung!

Wieder mit den sozialfaschistischen Gewerkschaftsbürokraten, den Verbändlern der Unternehmer!



48. Fortsetzung

NVIII.

Von sechzig Mann aus unserem Aulus fuhr die Hälfte zu ruf ohne Dedon, ohne Mantel, ohne Schnürschuhe. Sie meinten, daß ihnen die Sachen gestohlen sind. Einige haben sich eine Geschlechtskrankheit zugelegt für einen Teil des Geldes, das die Sachen einbrachten. Die Drohung mit Strafe zieht nicht mehr. Sie kalkulieren schon genau so wie Gustav: von heute auf morgen.

Man spricht auch viel von Liebsteht und seiner Rede. „Der Mann ist terränig, komplett terränig“, sagt Unteroffizier Fingertut, „daß sie den nicht weghringen, ein Skandal ist das.“

„Wie terränig“, frage ich. Wir liegen in einem Unterstand mit Fingertut zusammen. Es ist schon dunkel, das Licht ausgelöscht, wir müssen sparen.

„Da fragen Sie noch? Haben Sie nicht gehört, was der Mensch für einen Quatsch verzapft?“

„Nicht gehört, aber gelesen! Haben Sie gelesen, Herr Unteroffizier?“

„So einen Dreck zu lesen, müßte mir einfallen. Damit würde ich mir noch nicht einmal den Hinterrücken.“ Herr Fingertut ist von der Durchschlagskraft seines letzten „Arguments“ so überzeugt, daß er jede weitere Entgegnung für überflüssig hält und wirft sich geräuschvoll auf die andere Seite.

Koggenbrot erscheint in der Tür. „Schon so früh im Bett? Ich dachte, wir könnten einen kleinen Salat machen.“

„Haben Sie Licht?“ fragt der „Einsjährige“ Bohne.

„Werde welches befragen!“

Ich überlege, wie ich meinem Unteroffizier beikomme und sage: „Ich glaube, daß die Behauptung, daß Liebsteht terränig ist, nicht genügt. Man muß den Soldaten den Terrän

nachweisen, sonst gerät man in den Verdacht, etwas zu behaupten, wofür der Beweis fehlt.“

„Diskutieren Sie, mit wem Sie wollen, aber nicht mit mir und nicht in meiner Gegenwart!“

„Stören wir?“ Koggenbrot kommt wieder und hört, daß man irgendwas nicht in irgendwelcher Gegenwart tun dürfte. „Kein“, sagt Fingertut einladend. „Beholdt möchte wieder einen Vortrag halten. Er möchte uns zu Liebsteht befehlen. Er denkt, er hat Kinder vor sich.“

„Ach so! - Na, das mein ich auch, wir sind doch alles Männer, die wissen, was sie wollen!“ Koggenbrot sagt das mit einem ironischen Unterton und macht Licht.

Mau, ein etwas schwerfälliger Medlenburger, der jedoch aus seiner „Schwerfälligkeit“ schon manchen Vorteil zog, meidet sich: „Etwas Nichtiges hat Liebsteht bestimmt gesagt. Die machen Krieg noch und noch, wenn nicht einer einmal dazwischen fährt. Und vor allen Dingen: Der Mann hat Mut und imponiert mir. Was uns der Kriegsbericht erzählt, daran glaubt ja schon kein Mensch mehr.“

Wir werden vor schlagen, daß Sie nächstens die Kriegsberichte schreiben, Mau“, meint Fingertut.

„Sollten Sie die Kriegsberichte für Wahrheit, Herr Unteroffizier?“

„Wie können Sie bloß so dumm fragen, Sie scheinen...“

Weiter kommt Fingertut nicht. Ein dröhnendes Gelächter schallt aus allen Ecken. Selbst Koggenbrot lacht mit, aber er lacht natürlich nur, weil wir alle so „grundlos“ lachen. Unteroffizier Fingertut ist entrümpelt über unser „albernes Gelächter“ und schreit: „Am vielen Lachen erkennt man die Rarren!“ Mau ist übertrahnt von seinem Erfolg und antwortet: „Dann hat ja Liebsteht hier eine ganze Klasse Anhänger, Herr Unteroffizier.“

„Sie sind ein kompletter Idiot“, ruft Fingertut, durch die neue Laune aufs höchste gereizt.

Er steht auf und geht fort.

Als er kaum von der Tür weg ist, fällt Mau in ein neues Gelächter.

Gefreiter Bohne wird jorrig. „Doch“ doch nicht so dumm, du fällst einem wirklich auf die Kerben!“

Er macht, als Mau weiterlacht, mit dem Finger drei Kreuze in der Luft.

Es ist bekannt, daß Mau Mühe hat, seinen Namen leserlich hnganzulassen. Mau steht das und wird bloß vor Mut. Der Landproletarier ist an seiner empfindlichsten Stelle getroffen.

„Weißt du auch, Bohne, daß ein Mensch, dessen Vater-einen Sold noch Geld hat, trotz aller Weisheit, die man ihm eintrüffelte und die er kritiklos und papageienhaft nachplappert, ein ausgemachter Dummkopf sein kann?“

„Wie meinst du das, Beholdt?“

„Nun, ein Rittergutsbesitzer hat einen Sohn, den der Vater mit viel Geld und allen Hilfsmitteln dazu bringt, daß er glücklich das „Einsjährige“ macht. Der Rittergutsbesitzer hat auch einen Tagelöhner, den er so schlecht bezahlt, daß dieser seine vielleicht sehr intelligenten Tugenden, so zur Arbeit antreiben muß, daß er noch einmal die Volksschule regelmäßig besuchen, oder schlecht lernen, weil er zu müde ist. Findest du nicht auch, daß die eingepöppelte Schamlosigkeit des reichen Söhnchens kein Maßstab sein kann für dessen Intelligenz? Oder, daß es eine Frechheit ist, sich mit der „Bildung“ zu brüsten, die man sich auf Kosten der Proletarierkinder erwirbt? Vielleicht steht du daran, daß moderne „Bildung“, Frechheit und die unglücklichste Dummheit sehr gut zusammen harmonisieren können?“

„Neid der beschlossenen Klasse“, sagt Bohne, und haut die Karten auf den Tisch. Unteroffizier Koch, der „dritte“ Mann, schreit: „Haltet endlich die Schnauze mit eurem Quatsch.“ Er hat ein Spiel verloren.

Ich fühle mich aber zu einer Antwort auf Bohnes letzte Bemerkung verpflichtet und sage: „Das ist allerdings eine eigenartige Moral: Der Dieb sagt zu dem Bestohlenen: ‚Sei nicht so neidisch auf meinen Reiz, das ist häßlich!‘“

„Ich verbitte mir diese fortgesetzten Beleidigungen, sonst!“ - - - „Bohne machte eine unmüßiggeländliche Gehe, daß er sich beim Häuptling beschweren werde.“

Die Sache ist doch ganz harmlos, Bohne, Beholdt hat doch nur ganz allgemein gesprochen. Was ziehen Sie sich die Tade gleich an?“ Koggenbrot verzicht dabei keine Miene.

„Du bist also der Meinung, Bohne, daß der Dieb der Ehrenmann ist, und daß es ganz in Ordnung ist, die Bestohlenen zu betrösten, die dieses „Recht“ anzuweihen?“

„Aber Beholdt: Ich bitte Sie!“ Koggenbrot knistert jorrig die Karten auf den Tisch, als wolle er fortsetzen: „Sei doch vernünftiger, Mensch, bringst mich ja in eine unmögliche Lage!“ Unteroffizier Koch - seines Zeichens Rejrenbar - blinzelt netados durch seine Brille und sagt: „Kennen Sie denn gut keine Grenzen, Beholdt? Ist doch einfach unterhört!“

(Fortsetzung folgt)

Dresden-A.

Nänel ist stadtbekannt für gute Ware und niedrige Preise 5% Rabatt Annenstr. 48, an der Annenkirche 6945

Bei Migräne und Kopfschmerzen **Amos Nerbenpulver** Germania-Apothete, Wellnerstr. 29

Lose aller Lotterien empfiehlt **Dolph Kessel**, An der Kreuzkirche 1 6957 Referiert für Eis 6973

Butter-Großhandlung Spezialität: Östliche und mecklenburgische Butter **Paul Singer**, Falkenstr. 7 6947

Optiker Ed. Wiegand Wallstraße 8 6637

Rudolf Dörichmidt, Kosenstr. 29b Ecke für Straße nach Beruf Reparaturwerkstatt 6619

Optiker Schulze Freiburger Straße 3 berät Sie zu Ihrem Vorteil 6470

Blousen-Ecke Aeltestes Spezialgeschäft für Blousen u. Kleider / Webergasr Altmarkt 6623

Werkzeuge für jedes Handwerk, für den Haushalt Eisen-, Stahl-, Holzwaren, Fenster-, Tür- u. Möbelbeschläge, Feid- und Gartengeräte, Dekorations-Artikel

E. Harnapp Dresden-A., Kreuzstraße, Tel. 13638 und 13662 6628 **Möbelhaus Schneider** Große Zingststraße 6 Möbel gut und billig Zahlungserleichterung 6076

Radio - Spezial - Haus Grohmann Reithbahnstraße 3 Dresden 6625

Vervielfältigungs-Apparate und sämtliche Zubehör / **Kurt Freytag**, Kaitzbahnstraße 27, Fernsprecher Nr. 20110 6624

Tabakwaren H. Fülle Moritzstraße 15, Ecke Schlegelgasse 6917

Brambacher Sprudel Generaldepot Hermann G. Müller Am Schießhaus 11 6681

Stiftshof Verkehrslokal der organisierten Arbeiter Veranlassung: Wellnerplatz, Ecke Sülzstr. Freitag, Sonnab., Sonntag Unterhaltungsmusik 6944

Schallplatten Sprechapparate **Musikalien Zaubertöne** Wellnerstraße 35 6604

Schreibmaschinen, Vervielfältigungs-Apparate in jeder Preislage Papier und Zubehör **Edu Tröger**, Zirkusstraße 7 Tel. 18 950 7081

Sediser-Kneipe Döppitz 13 Arbeiterverkehrslokal 6652

Dresden-Löbtau

Viktoria Drogerie Kesselsdorfer Str. 30 Drogen - Farben Lacke 6402

Drogerie zum weißen Kreuz Alfred Gachendorfer Kesselsdorfer Straße 24 Tel. 16682 6401

Max Schmalz Feine Fleisch- und Wurstwaren Wernersstraße 44 6706

Max Scheibe Lübecker Straße 2 Kronprinzenstraße 51 Telefon 17821 6922 Kartoffeln / Futtermittel

Fein- und Weißbäckerei **Herm. Kosche** Kesselsdorfer Straße 5 und 42 Wallmühlerstraße 35 6707

Der **Verein der Bierhändler** von Dresden u. Umgegend empfiehlt seine vorzüglichen **Flaschen-Biere** hierher und auswärtiger Brauereien sowie Mineralwasser und Limonaden

Referiert 150 6793 **Gasthof und Ballsaal Bürgergarten** Lübecker Straße 16 Freitags und Sonntags mod. Ball Verkehrslokal der Dresdner Arbeiterschaft 6799

Möbelhaus Richard Schmieder empfiehlt seine große Auswahl in **Möbel aller Art** Kesselsdorfer Straße 17 im Hause der Muffenhalle 6603

Ulwin Ritscher Seifersberger, Ecke Wellnerstraße Feine Fleisch- und Wurstwaren 6796

Wild / Geflügel / Feinstoff Oskar Grundmann Kesselsdorfer Str. 19 - Ruf 10 002 6606

Ronditorei u. Café Paul Müller Spezialität: Berliner Lebkuchen Kesselsdorfer Straße Nr. 1 6799

Ernst Berthold Kesselsdorfer Straße 1 Ecke Filinaustraße Obst - Süßfrüchte - Konfitüren - Gewürze 6639

Paul Hausmann, Neißewitzer Str. 18 Feine Lebkuchen und Feinstoffe 6788

Butterhandlung „Coreley“ Kesselsdorfer Straße 12 Spezialgeschäft für Butter, Eier, Käse - Fett- und Fleischwaren 6684

Restaurant Zur guten Quelle Inh. Erich Schuelder Frankenberg, Ecke Neißewitzer Straße 6537

Bäckerei, Kaffeehandlung Rest. Müllers, Dresden-Mücheln Kesselsdorfer Straße 22 Telefon 27 619 6799

Ernst Stiller Kesselsdorfer Straße Nr. 74 Spezialgeschäft für Salz, Zucker, Öl, etc. 6796

Gerhard Römer Saalhausener Straße 1 Delikatessen - Konserven - Kolonialwaren 6793

Dampfwaschanstalt **W. BRUCHOLD** Eberplatz 12 / Tel. 15728 und 14627 Haushaltswäsche / Oewichswäsche 6734

West-Apotheke Freiburger Straße 120 Anaphole Homöopathie Anfertigung sämtlicher Krankenkaartenrezepte 6939

Ärztlich empfohlen **Briesnitzer Mineralbrunnen** GESUNDHEITSFÖRDERND

Dresden-Cotta

Wash- und Plättanstalt Gardinenspannerei Paul Jählich Hirschstraße 34 6686

Soja Lebensmittelgeschäft Weidenhainstraße 58 6580

Turmhaus Gute Lokalitäten mit großem Gesellschaftssaal u. Kegelbahn 6526

Kurt Ködritz Gottfried-Keller-Straße Ecke Steinbacher Straße Feine Fleisch- und Wurstwaren 6629

Arthur Pieper, Uhrmacher Wartauer Straße 10 Großes Lager in Uhren und Goldwaren / Eigene Reparaturwerkstatt 6516

Zum Weinbauer Cotta Heddelstraße 24 6582

Emil Neuwirth, Högstr. 41 Kolonialwaren und Hauswirtschaft 6627

Oberlausitzer Landmolkerei Pennartscher Straße 27 O. Riedel, Inh. K. Adam 6621

Butterhaus Kleeblatt Inh. Otto Spemann Kloppestraße 44 6604

Brot-, Weiß- und Feinbäckerei **Otto Backofen** Kronprinzenstraße 13 7224

Bruno Gräfer Cosselbader Straße 22 Schulreparatur und Lederarbeiten 6681

Sonnen-Apotheke Hamburger Straße 63 Anfertigung sämtlicher Krankenkaartenrezepte / Anaphole / Homöopathie 6535

Kohlschützerei Walter Teichmann Heddelstraße 5 6626

Weidenhain-Edel-Weidenhain-Edel-Weidenhain-Edel Weidenhain-Edel-Weidenhain-Edel-Weidenhain-Edel 6625 Verkehrslokal der Arbeiter

Hänel's Textilwaren Warthauer Straße 24 6616

Heida Arnold, Deutscher Str. 27 Lebensmittel 6619

Lebensmittelgeschäft Paul Müller Deutscher Straße 1b 6618

Möbelhaus Hugo Liebig empfiehlt seine große Auswahl in Möbel aller Art / Pennricher Str. 32 6528

Lebensmittel Edda Bergemann Weidner Straße 1 6620

Alfred Rudolph, Weidenhain-Drogerie Dresden-Cotta, Gottfried-Keller-Straße 35 7237

G. Burm Oertlicher Straße 3 Lebensmittel Delikatessen 6631

H. Hühnel Schuhwarenhaus Warthauer Str. 23 6617

Dresden-Friedrichstadt

Arthur Barthel Drogen / Photo / Farben Friedrichstraße 15 7223

Josef Müller's Restaurant Bohlförstraße 24 7220

MAX SCHÜTZE Dampf-Wash- u. Plättanstalt Bohlförstraße 40 7231

Apotheker Hans Steinbach / Drogerie Schillerstraße, Ecke Meißnerstraße 7225

Dampfwaschanstalt Vorwerkstraße 28 7224

Möbel-Fabrik Richter & Mühlert Ausstellungsorte Weidenhainstraße 14, Ecke Friedrichstr. 7226

Bellevue Freitag, Sonnabend und Sonntag ff. Ballmusik Saal u. Vereinszimmer best. empfohlen 7239

Kurt Patters H. Fleisch- u. Wurstwaren / Managier-Ecke Schillerstraße 7238

Dresden-Prohls Kurt Ködritz, Tornauer Straße Lebensmittel, Obst, Grünwaren, hauswirtschaftliche Wurstwaren 7220

Gasthof „Prohls“ Jeden Sonntag Ball, sowie bekannte Musikgesellschaft 7234

Dresden-Johannstadt

H. Hümann's Papier-Edel Kesselsdorfer Straße 2, Ecke Haldensack 6629

SCHMELZER Große Auswahl **Ziegelstraßen 19** Besondere Teilzahlung

Milch, Butter, Eier, Käse, Joghurt, Meide, Goldsteinplatz 7 6646

Zigarren-Wagner Ziegelstraße 1 Brauerei-Zigarren - Kautabafe 6653

Musik-Haus Otto Friebe Größtes Geschäft d. Branche Gegründet 1902 Ziegelstr., Eckhaus Steinstr.

Leber u. Schuhmacher-Bedarfsartikel W. Wagner, Ziegelstraße 60 6654

Dresden-Leubnitz „Rembrandt“-Drogerie Drogen - Farben - Photo Flöckelstraße 14 6923

Dames u. Herren-Druckerei Spez. Bekleidungsstoffe, Fein- u. Grobdruck, Ginfelngasse 26 7235

Dresden-Sirieson

Kofen-Drogerie Schandauer Straße 4 Toilet- und Hausmittel - Tel. 31491 6799

Wilhelm-Brot Überall erhältlich

Gaststätte „Dahlem“, Marktstraße 12 Ecke Zaulstraße, Dresden 6107 6615

Fein- und Delikatessen-Handlung H. Seifert, Wittenbergener Straße 69 6641

Strümpfe, Wollwaren / Hoffmann bekannt durch niedrige Preise für Qualitätswaren 8% 6642

Brot, Weiß- und Feinbäckerei Vincenz Kupferle, Zschimmerstr. 35 6657

Gaststätte „Deutsche Eiche“ Dautenstraße 1 Telefon 31 994 6616

Bäckerei - Konditorei - Café Oswald Pabel, Schandauer Str. 79 6944 Telefon 31708

Kolonialwaren Schuhreparaturen solid und preiswert **FELIX VOGEL** Oltzenstraße 6 6620 **Otto Henze** Altstrassen 7 6628

Dresden-Kleinzschadowitz Arbeiter, tauf in „Riemanns Schuhhaus“, Putzstraße 2 6923

Billig und gut kauft man im **Kaufhaus Dietrich** Kleinfeldstraße 2 6613

Selbnitz

Willy Hennig, Winterbergstraße 74 H. Fleisch- und Wurstwaren Delikatessen u. Kolonialwaren 7230

Alfred Fied, Bäckerei u. Konditorei Botenbühl Straße 114. Tel. 31442 7066

Dresden-Loschwitz **Gasthof zur Eule** Jeden Sonntag Ball Paul Schreyber, Grundstraße 100 6548

Dresden-Reick

Rudolf Weiße, Mühlener Straße 2 Brot, Weiß-, Feinbäckerei Spez. Kugeln-Weit 6823

Kolonialwaren - Delikatessen Jakob Köchel, Altstr. 2 7254

Dresden-Laubegast Samenreinigung meine Spezialität: Oberboden, Feinboden, Krasse, Wägen, Gärten, überhaupt alles zur Befruchtung **E. Brodhaus** Dresden - Laubegast, Rößlerstraße 6 4. Stockwerk Einfaule-Nachstr. 7153

Kenner kaufen Schokoladen, Pralinen, Kakao 100 eigene Verkaufsstellen **Kosa**

Chemische Reinigung Kleiderfärberei, Großwäscherei **W. Kelling** Dresden Filialen überall